

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wochentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Verzeichnungs-  
 Liste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühren

betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gemeinlichliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „Schnel-Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 19. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Schleichende Krisis.

Bekanntlich sprach noch zu Anfang dieses Jahres die  
 Hamburger Handelskammer in ihrem Jahresbericht die An-  
 sicht aus, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres ein-  
 getretene Ermattung der industriellen Thätigkeit bedeute nur  
 eine Periode der „Ruhe und Sammlung“, wenigstens  
 bestehe kein Grund zu der Annahme, „daß sie der Vorboten  
 eines einsetzenden allgemeinen Rückgangs der wirtschaftlichen  
 Entwicklung sei“. Noch nicht sechs Monate sind seit Ver-  
 öffentlichung dieses Berichts verstrichen, und wie hat sich  
 seitdem die Wirtschaftslage verändert! Eine bleierne Schwere  
 lastet heute auf dem ganzen Geschäftsleben, trübe schleppi  
 sich der Geschäftsgang fort, ein Tag wie der andre. Ueberall  
 Nutzlosigkeit; überall Abneigung, neue Unternehmungen zu  
 beginnen oder auch nur das Angefangene in bisheriger Aus-  
 dehnung fortzuführen. An der Börse aber völlige Haltlosigkeit,  
 willenloses Hingehen an augenblickliche Einflüsse und Ver-  
 schiebungen; je unbestimmter, je vager sie sind, desto größer  
 ihre Wirkung. Kein Debacle im eigentlichen Sinne, kein  
 reinigender Gewittersturm, nach dessen Verlauf neues Schaffen  
 beginnen kann, eine schleichende Krisis, eine allgemeine Er-  
 schlaffung der Kräfte.

Bald meldet dort ein Etablissement Zahlungsschwierig-  
 keiten an und bricht zusammen, dann wieder schiebt ein  
 andres sich zu bedeutender Einschränkung seines Betriebs und  
 zu Arbeiterentlassungen gezwungen. Nüchtern geworden,  
 suchen die Inhaber von Industripapieren diese abzustößen,  
 Verkaufsborders erfolgen, aber bei dem absoluten Mangel an  
 Kaufkraft und Kaufnahmefähigkeit finden sich keine Käufer —  
 unmotivierte Kursstürze folgen. Der industrielle Kassamarkt  
 beruhigt sich wieder, die Schläfrigkeit gewinnt wieder die  
 Oberhand. Dann eine erneute Erschütterung. Einige  
 größere Eisenwerke haben sich gezwungen gesehen, ihre  
 Lagerbestände auf den Markt hinauszuerwerfen, um sich Geld  
 für ihre Verpflichtungen zu verschaffen; doch auf dem Markt  
 ist keine Nachfrage nach ihren Produkten vorhanden, und so  
 verursacht das Massenangebot nur weiteren Preisdruck. Wieder  
 erfolgen an der Börse im Anschluß an die Verschlechterung  
 der geschäftlichen Konjunktur neue Versuche zu Realisationen,  
 die natürlich abermals zu Kursrückgängen führen. Dazwischen  
 tauchen deprimierende Nachrichten auf über politische Vor-  
 gänge oder über bedenkliche Vorkommnisse auf fremden  
 Märkten, z. B. in den letzten Wochen über die Vorkommnisse  
 auf dem amerikanischen Eisenbahnmärkte, die, indem sie das  
 Gefühl der völligen Unsicherheit verstärken, ebenfalls auf den  
 Geschäftsverkehr lähmend zurückwirken.

Nebenher laufen allerlei Fäulnisercheinungen, wie der  
 Hypothekendarf-Standal oder der neuerliche, nur durch das  
 Dazwischentreten der Deutschen, Dresdener und Reichsbank  
 abgewehrte Zusammenbruch der Kreditanstalt für Industrie  
 und Handel in Dresden. Und jeder solcher Standal enthält  
 neue wunderbare Geschäftspraktiken und Geschäftsmoral-  
 anschauungen der „nach Bildung und Besitz maßgebenden“  
 Schichten. Hat doch beispielsweise die Dresdener Kredit-  
 anstalt nicht nur fast ihr gesamtes Kapital und ihre  
 Reserven in den Aktien der von ihr gegründeten industriellen  
 Gesellschaften angelegt, sondern auch diesen noch die  
 weitgehendsten Kredite eingeräumt, zu denen sie sich die  
 Mittel selbst erst durch ausgedehnte Wechseltransaktionen  
 beschaffte. Und doch sind die Elektrizitätswerke vor-  
 mals D. V. Kummer u. Co., welche den größten Teil dieser  
 Kapitalien verschlangen, nicht etwa ein regulärer solider  
 Geschäftsbetrieb, der sich in geschäftsmäßiger Weise mit  
 elektrischen Anlagen befaßte, sondern vielmehr so eine  
 Art Gründungsruß, der selbst wieder als Hauptfache die  
 spekulativen Gründungen von andern Gesellschaften, sogenannten  
 Tochtergesellschaften, betrieb und sie fundierte, garantierte und  
 auf dem Wege eigenwilliger Kreditoperationen mit den  
 nötigen Mitteln versah. Schwermüde dürfte es deshalb auch  
 bei dem Zusammenbruch der Kummer'schen Werke bleiben;  
 verschiedene ihrer famosen Gründungen werden noch nach-  
 zurufen.

So geht es nun schon seit Wochen, bald kann man sagen  
 seit Monaten, und so dürfte es vorläufig auch noch eine  
 Weile weiter gehen, nur daß, allerlei Gerüchten über eine  
 Reihe industrieller Unternehmungen nach zu urteilen, sich in  
 den nächsten Wochen die Zahl der „unliebsamen Ueber-  
 raschungen“ noch beträchtlich vermehren wird — bis schließlich  
 der als Ausgang der jetzigen Situation immer unvermeidlicher  
 werdende Arach folgt. Vielleicht ist er trotz alles Leidens und  
 Ungemachs, das er über weite Volksschichten bringen wird,  
 immerhin noch einem langsamen, ständig weitere Teile des  
 Erwerbslebens ergreifenden Siechtum vorzuziehen.

Daß es übrigens auch jetzt noch nicht an Leuten fehlt,  
 denen der Himmel voller Geigen hängt, zeigt die Rede des  
 Herrn Geh. Kommerzienrats Meyer-Hannover, des Vorsitzenden  
 des Aufsichtsrats der Hieser Hütte und des Weimer Bergwerks  
 in der am 6. d. M. abgehaltenen Generalversammlung. Der  
 Herr Geh. Kommerzienrat gab zwar die augenblickliche Depression  
 zu, meinte aber, daß bereits die Anzeichen einer Besserung  
 zu beobachten seien, denn die Roheisen-Erzeugung nehme  
 ab, der Export hingegen zu; ferner werde, sobald  
 erst die Geldverhältnisse sich günstig gestalteten, die Bau-  
 thätigkeit in den Städten einen erneuten Aufschwung  
 nehmen, also auch die Nachfrage nach eisernem Baumaterial

wieder wachsen. Als Beweis für die beiden ersten Momente  
 führte er an, daß in den ersten drei Monaten die Roheisen-  
 erzeugung sich beinahe ebenso hoch wie im ersten Quartal  
 des Vorjahres belaufen habe, dagegen aber diesmal im April  
 36 000 Tonnen weniger erzeugt worden seien, als im  
 April 1900. Zudem ergebe sich aus den Mitteilungen des  
 statistischen Amtes, daß in den ersten Monaten dieses Jahres  
 weniger Eisenwaren eingeführt, gleichzeitig aber mehr aus-  
 geführt worden seien, als in denselben Monaten des Vorjahres.

Das sind recht seltsame Gründe. Gewiß sind im Frühjahr  
 und sogar noch im Mai erhebliche Mengen an Eisenprodukten  
 nach dem Ausland verkauft worden, vornehmlich sogenanntes  
 Halbzeug: Stabeisen, Grubenschienen, Bleche, Draht usw. —  
 doch unter welchen Umständen? Es handelte sich zumeist  
 keineswegs um reelle Exportgeschäfte. In nicht wenigen  
 Werken hatten sich eben derartige Massenvorräte angesammelt,  
 daß sich ihre Besitzer, teils um die in diesen festliegenden  
 Kapitalien flüssig zu machen, teils um für die Abnahme der  
 früher bestellten Roheisenmengen Platz zu schaffen, zu größeren  
 Verkäufen gebrängt sahen, und da auf dem  
 drückten Inlandsmarkt eine schnelle Abhebung nicht  
 zu erwarten war, so warfen sie ihre Vorräte  
 auf fremde Märkte. Ein Vorteil ist bei diesen Massenverkäufen  
 noch auswärts fast nirgends herausgesprungen; im Gegenteil, in  
 vielen Fällen ist mit Verlust verkauft worden. Aus solchen  
 Exporten eine Belebung des Geschäfts zu folgern, zeugt von  
 einem seltsamen Optimismus.

Von anderer Seite wird betont, daß doch die wirtschaf-  
 tliche Lage keineswegs so schlimm sein könne, da ja die Hoch-  
 öfen noch immer beträchtliche Roheisenmengen erzeugten. Diese  
 Ansicht ist noch unzutreffender wie die obige. Die Hochöfen haben  
 beinahe ausschließlich in den Prosperitätsjahren mit Gruben und Roheisen  
 Verträge auf Lieferung bestimmter Quantitäten von Erz,  
 Kohlen und Coaks abgeschlossen und sehen sich daher jetzt  
 genötigt, diese zu verwerten; außerdem aber haben sie sich  
 selbst wieder durch Lieferungsverträge mit den Halbstoff-  
 produzenten gebündelt, so daß sie der Abnahme eines bestimmten  
 Teiles ihrer Erzeugung sicher sind. Sie können es also noch  
 immer aushalten; schlimmer steht es schon um die Werke,  
 die Halbstoffe fabrizieren. Ihr Absatz ist beträchtlich zurück-  
 gegangen, und doch müssen sie der unter andern Verhältnissen  
 eingegangenen Verpflichtung zur Abnahme bestimmter Mengen  
 Roheisen nachkommen.

Geradezu als eine Gefahr für das nationale Wirtschaftsleben  
 erweist sich in der jetzigen haltlosen Situation das Bestehen der  
 Syndikate. War schon ihre vielgerühmte Regulierung der Pro-  
 duktion in der abgelaufenen Prosperitätsperiode recht zweifelhafter  
 Natur, so zeigen sie sich jetzt geradezu als Konserdierungs-  
 Institutionen des wirtschaftlichen Wohlstandes, indem sie, und  
 zwar gilt dies besonders von den Kohlstoffverbänden, unter jeder  
 Bedingung die in den guten Jahren hochgetriebenen Preise ihrer  
 Produkte auf demselben Niveau zu erhalten suchen. Haben  
 doch z. B. erst dieser Tage wieder die Kohlen- und Coaks-  
 syndikate, um ihre Preise hochzuhalten, ihre Produktions-  
 einschränkung erhöht (das Kohlenyndikat auf 15, das Coaks-  
 syndikat auf 25 Prozent).

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juni.

#### Eine Probe für den Gemeinde-Freisinn.

In der Zeit bis zum 1. Juli d. J. hat der Gemeinde-Freisinn in  
 Preußen wieder einmal Gelegenheit, sich zu bewähren. Bis dahin ist  
 die Organisation für Gesundheitspflege in den größeren preußischen  
 Städten, in denen ja die bürgerliche Demokratie vielfach die  
 Gemeindeverwaltung beherrscht, dem neuen Gesetz vom 18. Sep-  
 tember 1899 anzupassen, das die Dienststellung der Kreisärzte und  
 die Bildung städtischer Gesundheitskommissionen regelt. Und bei dieser  
 Anpassung kommt es sehr wesentlich darauf an, wie sich die in der  
 Gemeindeverwaltung herrschenden bürgerlichen Kreise als Verteidiger  
 der städtischen Selbstverwaltung betätigen.

Es handelt sich dabei um den Kampf gegen einen jener staat-  
 lichen Versuche, auf Umwegen Staatsbeamte mit maßgebendem  
 Einfluß in die städtische Verwaltung zu bringen, wie es bei  
 den Schuldeputationen mit den bekannten verhängnisvollen Folgen  
 gelungen ist und augenblicklich mit dem Spreepfaffen insofern  
 vorbereitet wird, als an Stelle eines sich selbst verwaltenden Groß-  
 Berlins eine Anzahl ungeliebter Gemeinden unter der fürorglichen  
 Obhut eines königlich preussischen Oberpräsidenten konservert werden  
 sollen. Es kommt darauf an, auch vom wohlverstandenen bürger-  
 lichen Interessenstandpunkt aus jene Gesamtrichtung zu be-  
 kämpfen und, wo es geht, abzuwehren, auch wenn im  
 Einzelfalle die Erheblichkeit der staatlichen Einmischung im  
 ersten Augenblick nicht so groß und verhängnisvoll er-  
 scheint. Es gilt dabei das berühmte Wort einmal in die voll-  
 ständige Gemeindepolitik zu übernehmen, das da in seiner junkerlich  
 zielbewußten Fassung so kassisch gelautet hat: „Die ganze Richtung  
 geht uns nicht!“ Der Sinn für bürgerliche Selbstständigkeit in der  
 Kommunalverwaltung hat sich im vorliegenden Falle insofern zu  
 bewähren, als nach § 10 des oben genannten und bis 1. Juli  
 durchzuführenden Gesetzes der beamtete Staatsarzt auch in die  
 aus Magistratsbeamten, Stadtverordneten und Bürgern zu bildenden  
 Gesundheitskommissionen aller größeren Städte einräkt und sie wesent-  
 lich durch seinen Einfluß beherrscht, wenn nicht bald die nötigen  
 Schritte dagegen getan werden. Der Kreisarzt kann an allen  
 Sitzungen der Gesundheitskommission teilnehmen und darf sogar  
 jederzeit die Zusammenberufung derselben verlangen, ein Recht, das

sonst nur einem vollen Drittel der Kommissionsmitglieder (also sechs  
 Gemeinde-Abgeordneten bei beispielsweise 18 Mitgliedern) zusteht.  
 In allen Verhandlungen der Kommission hat der Kreisarzt be-  
 ratende Stimme und muß jederzeit gehört werden. Sogar alle  
 Sitzungsprotokolle sind dem Kreisarzt alsbald nach Feststellung in  
 Abschrift mitzuteilen, während dies für die bürgerlichen Mit-  
 glieder nicht vorgeschrieben ist. Daß der preussische Staat diese  
 Machtbefugnisse für seine beamteten Organe in einem Organ der  
 kommunalen Selbstverwaltung nicht deshalb durchgesetzt hat, um  
 nun im Sturm laufe hygienische Reformen zu Gunsten der großen  
 Masse bei den Städten zu veranlassen, mühte jedem klar sein, der  
 auch nur die letzten Jahre preussischer Verwaltung einigermaßen auf-  
 merksam verfolgt hat. Vielmehr kennzeichnet C. Hugo in seinem auch  
 von uns schon eingehend besprochenen, bahnbrechenden Buche über  
 „Die deutsche Städteverwaltung“ (Stuttgart, Dietz, 1901) die Absicht  
 jener Gesetzesbestimmung sehr klar und richtig (S. 5 ff.) dahin: „Wie  
 wir noch öfter sehen werden, benützt die staatliche Bürokratie jedes  
 Mittel, ihr Machtbereich auf Kosten der Selbstverwaltung zu ver-  
 größern. Nur soweit die Regelung auch der wichtigsten  
 Materie, wie zum Beispiel der im höchsten Grade rück-  
 ständigen Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege, ihr die  
 Gelegenheit hierzu bietet, wird dieselbe von ihr in Angriff genommen.  
 Ihr ist die Medizinalreform so gleichgültig wie die Reform des  
 Krankenkassenwesens. Die eigene Macht, die Ausübung jeder frei-  
 lichen Selbstverwaltung ist das Ziel ihres Strebens. Für sie läuft  
 die ganze Medizinalreform darauf hinaus, daß den Städten der  
 Kreisarzt aufzotrohiert, in die Selbstverwaltungskörper die staat-  
 lichen Beamten hineingezwängt werden.“ Nur einen Ausweg vor  
 dieser wahrlich nicht zu arg geschilderten und erst im Zusammen-  
 hang mit den sonstigen staatlichen Verbormundungsbestrebungen  
 auf kommunalem Gebiet in Preußen recht verständlich  
 werdenden Gefahr läßt das neue Gesetz, nach § 10 Absatz 3  
 (Schlußsatz) kann der Minister für Medizinalangelegenheiten auf  
 Antrag städtischer Verwaltungen diesen die eignen Gesundheits-  
 kommissionen ohne Staatsarzt belassen. Und diesen Weg  
 gilt es schnell und energisch zu beschreiten und den Antrag beim  
 Ministerium durchzusetzen.

Nun haben die wenigen Freisinnigen zusammen mit dem einzigen  
 bürgerlichen Demokraten aus Frankfurt a. M., die mehrfach nur  
 infolge der Wahlhilfe der Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus  
 sitzen, ihre Schuldigkeit in der parlamentarischen Bekämpfung der  
 neuen reaktionären Bestimmungen während der Beratung des  
 „Reform“-Gesetzes in den Jahren 1898 und 1899 einigermaßen  
 gethan, bei der Zusammenetzung des Landtags natürlich in der  
 Hauptsache mit negativem Erfolg. Die Junker setzten nicht  
 bloß mit Miquel jenes Eindringen des Kreisarztes in  
 die städtischen Gesundheitskommissionen, sondern auch die Ab-  
 lehnung des Verbots der Privatpraxis für die Kreisärzte  
 durch. Sonst hätte ja der Staat für seine Kreisärzte  
 wirklich etwas bezahlen müssen, statt der ärmlichen paar hundert  
 Mark, die er ihnen jetzt mit Wohlbedacht nur giebt, damit sie durch  
 umfangreiche Privatpraxis vor allzu regem Eifer für das  
 öffentliche Wohl abgelenkt werden und nicht durch ihre  
 wissenschaftlichen Forschungen . . . gerade in ärmeren Bezirken  
 mitunter sehr gefährlich wirken“, wie der Herr von Groh-Klanin  
 im Herrenhause so schön deutsch sagte (vergl. Wurm, Gesundheits-  
 pflege in Staat, Gemeinde und Familie, Dietz 1901, S. 22 ff.).

Thaten die paar Freisinnigen im Abgeordnetenhaus das  
 Nötigste gegen die schlechtesten Bestimmungen des Gesetzes, so  
 sehen wir nun, daß sich selbst in den von Freisinnigen  
 beherbergten Gemeindeverwaltungen größerer preussischer Städte  
 gerade jetzt, wo es darauf anläge, rasch und entschieden zu handeln  
 und durch Inanspruchnahme der oben angeführten Ausnahme-  
 bestimmung die Selbstverwaltung auch auf diesem Gebiet zu retten,  
 entweder alles still und stumm verhält, oder gar noch Schlimmeres  
 passiert. Aus Frankfurt am Main kommt nämlich die Kunde, daß  
 dort bereits eine Magistratsvorlage die vollkommene Anpassung an  
 das reaktionäre „Reform“-Gesetz dem Stadtverordneten vor schlägt,  
 statt von ihnen die Ermächtigung zu einem schleimigen Antrag an den Minister  
 wegen Verbeibaltung des eignen Gesundheitsrats einzuholen, der  
 bisher schon mit genau denselben Befugnissen bestand, wie sie das  
 neue Gesetz bringt, nur ohne Kreisarzt. Und als unser einziger  
 Vertreter im Stadtparlament dieser Nachgiebigkeit scharf entgegen-  
 trat, erhob sich der „freisinnige“ Frankfurter Landtagsabgeordnete  
 Fund als freiwilliger Magistrats- und Regierungskommissar, um  
 zusammen mit verschiedenen ebenso „freisinnigen“ Partei-  
 freunden seiner heißen Entrüstung über die fortwährende  
 „Mädel“ des Socialdemokraten an Magistratsvorlagen Aus-  
 druck zu geben und sogar an die — Galerie zu appellieren,  
 die jenes nachwürdige Verhalten des Arbeitervertreters ebenso ver-  
 urteilen werde, wie die bisher so sehr an Ruhe und Behaglichkeit  
 gewöhnte freisinnig-demokratische Stadtparlamentmehrheit. Die  
 Galerie that nun zwar dem wackeren „Freisinnigen“ nicht diesen Ge-  
 fallen, auch nicht die Bürgerchaft der Mainstadt und das Arbeiter-  
 blatt; wohl aber die „demokratische“ Presse der einst freien Reichs-  
 stadt, die alsogleich davon schrieb, daß „der Saß des  
 Wandels nicht wert“ sei und daß der Socialist die Angriffe  
 „an den Haaren herbeigezogen“ habe. Der demokratische Frank-  
 furter Stadtverordnete Saenger hielt eine Rede mit vielen „Einer-  
 seits“ und „Andererseits“, aus denen bekanntlich nach Marx der  
 Philister zusammengesetzt ist. Ein einziger Demokrat, ein  
 alter ehrlicher Arzt, sprang unserem Genossen tapfer gegen  
 seine eignen Parteifreunde bei. So ist in Frankfurt a. M., wo die  
 nachgeliebte Magistratsvorlage einer Kommission aberwiesen wurde,  
 die Sache einstweilen sehr im Ungeordneten geblieben, während aus  
 andern preussischen Städten — es kamen u. a. Berlin mit seiner ge-  
 mischten Deputation für Gesundheitspflege von 1874, Charlottenburg

mit einer gleichen seit 1897, Hannover mit seinem Gesundheitsrat von 1890 und Köln mit einer städtischen Sanitätskommission von 1894 in Betracht — überhaupt noch nichts verlautet.

Wenn aber die bürgerliche Demokratie im halb süddeutschen Frankfurt am Main mit seiner vielgerühmten städtischen „Socialreform“ sich schon so schmählich blamiert hat (sie müßte denn ihr trautes Verhalten noch zu machen, und sie könnte es noch!), wie wird sich dann der Gemeindefreiesinn im übrigen Preußen bewähren? Das dürfte in der aller nächsten Zeit ein erbauliches Schauspiel für aufmerksame Beobachter abgeben, die gewohnt sind, auch auf praktischen kommunalpolitischen Gebiet den jämmerlichen Verfall unserer bürgerlichen Opposition in politischen Prinzipienfragen zu verfolgen.

### Nur evangelisch.

Die sogenannten evangelischen Arbeitervereine, deren Vertreter sich auf dem letzten Verbandstage demonstrativ von ihren etwas mehr naumannisch gesinnten Brüdern in evangelischen trennten, haben jetzt in Bochum eine Tagung gehabt, auf der sie ihren Austritt aus dem Gesamtverbande in aller Form vollzogen. Sie thaten dies mit einer Art programmatischer Erklärung, aus der nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ das Folgende mitgeteilt ist:

„Nach rheinisch-westfälischer Auffassung sind die evangelischen Arbeitervereine in erster Linie evangelisch; nach Naumanns Rezept sollen sie ausschließlich social sein. In Rheinland-Westfalen stehen die religiösen, die nationalen, die idealen Zwecke und Ziele der Vereine im Vordergrund; Naumann dagegen betont ausschließlich die materiellen, die wirtschaftlichen, die socialpolitischen Aufgaben. In den westfälischen Provinzen hält man an dem Grundsatz fest, daß die evangelischen Arbeitervereine bei politischen Wahlen denjenigen Kandidaten den Vorzug zu geben haben, welche der evangelischen Kirche am nächsten stehen; Naumann dagegen gefährdet aufs ärgste die Wiederwahl selbst eines solchen Abgeordneten, der, wie Franken, direkt von den Arbeitervereinen auf den Schild erhoben worden ist. In Rheinland-Westfalen vertritt man den Grundsatz, daß in den evangelischen Arbeitervereinen die Anhänger aller Parteien willkommen sind, so weit sie auf evangelischem und nationalem Boden stehen, und daß demgemäß die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen, Christlich-Socialen und National-socialen den evangelischen Arbeitervereinen näher stehen, als die Ultramontanen und Socialdemokraten; für Naumann dagegen ist kein Raster Ausspruch Regel und Richtschnur, daß die evangelischen Arbeitervereine der nationalliberalen Partei zum mindesten so gegensätzlich gegenüber stehen müssen, wie der Socialdemokratie und dem Ultramontanismus.“

Es ist nicht recht ersichtlich, aus welchem Grunde sich diese kläglichen Vereinsgebilde noch Arbeitervereine nennen; die Naumannsche Richtung hat wenigstens immer noch ein Scheinrecht auf diese Bezeichnung, weil sie auch von socialen Aufgaben, von der Förderung von Arbeiterinteressen redet; die rheinischen Dissidenten aber wollen nur noch evangelisch sein, eine politische oder sociale Unterscheidung giebt es nicht mehr für sie. Ebenso wenig können sie nach diesem Programm der Programmlosigkeit noch daraf Anspruch machen, als politische Organisation zu gelten. Ein patriotischer Regellklub oder eine Spiritisten-Gesellschaft hat dieselbe Bedeutung fürs öffentliche Leben. Was zu konstataren war. —

## Deutsches Reich.

### Erhaben über dem Gesetz!

Die „National-Zeitung“ berichtet über „neue Gesetzwidrigkeiten“, die die Militärbehörde in Gumbinnen in dem Verfahren gegen den Sergeanten Hidel sich zu Schulden kommen läßt.

§ 115 der bürgerlichen Strafprozess-Ordnung und § 177 der Militär-Strafgerichts-Ordnung verordnen, daß der Verhaftete spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängnis gehört werden soll.

Hat nun der Generalleutnant von Alten Hidel vorläufig festnehmen lassen, so setzt diese Maßregel doch voraus, daß Hidel aus der Untersuchungshaft entlassen war; so wäre ja die vorläufige Festnahme gänzlich überflüssig gewesen. Ist aber Hidel vorläufig festgenommen gewesen, so war er jedenfalls aufs neue verhaftet, und er hätte deshalb gemäß § 177 Nr. 1 St. G. O. spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängnis gehört werden müssen. Das ist aber nicht geschehen. Gleichgültig war es, daß Hidel thatsächlich in derselben Zelle verblieb. Er wurde vor der Untersuchungshaft in eine andre Art Haft als vorläufige Festgenommener übergeführt. Ebenso veränderte der kommandierende General die Art der Haft, indem er statt vorläufiger Festnahme Untersuchungshaft anordnete. Auch hier mußte § 177 angewendet und Hidel vernommen werden. Aber auch hier ist es nicht geschehen.

Wohlgemerkt: für jemand, der annimmt, die ursprüngliche Untersuchungshaft dauerte noch fort, brauchen diese beiden Vernehmungen nicht stattfinden. Wer aber so, wie die beiden Generale, mit der vorläufigen Festnahme und dem neuen Haftbefehl operierte, der mußte konsequenterweise die beiden Vernehmungen stattfinden lassen.

Wenn man nun aber den Wort des § 177 sich vor Augen hält, wird sofort klar, weshalb diese beiden geleglich vorgeschriebenen Vernehmungen für die Generale fortlassen mußten. § 177 verordnet nämlich: „Der Verhaftete muß spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängnis über den Gegenstand der Beschuldigung gehört werden.“ usw. Der Schwerpunkt ist auf die Worte „über den Gegenstand der Beschuldigung“ zu legen. Weder der Divisionsgeneral, noch der kommandierende General konnten Hidel vernehmen lassen, dem wußten jedoch sie ihn beschuldigen? So ist die Disziplinargewalt, kraft deren Generalleutnant von Alten Hidel vorläufig festnehmen ließ, doch wohl nicht beschaffen, daß er einen völlig unschuldigen festnehmen lassen kann. Rahm er Hidel fest, so mußte Hidel nach der Freisprechung etwas Strafbares begangen haben. Das hatte er nicht gethan, folglich konnte Generalleutnant von Alten ihn keiner strafbaren Handlung beschuldigen, und deshalb konnte er Hidel über die Beschuldigung auch nicht nach § 177 vernehmen lassen. Es wurde also ebenso wie § 179 nun auch § 177 verlegt.

Der kommandierende General befand sich in derselben Lage. Er ließ er einen neuen Haftbefehl, so mußte er nach § 179 neue Verdachtsgründe oder Beweismittel anführen und Hidel mußte gemäß § 177 über diese neuen Beschuldigungen vernommen werden. Der kommandierende General kannte aber keine neuen Verdachtsgründe oder Beweismittel, daher konnte er Hidel nicht nach § 177 vernehmen lassen. Doch aber bei Erlaß des neuen Haftbefehls weder Generalleutnant von Alten noch der kommandierende General v. Hindenstein neue Verdachtsgründe oder Beweismittel kannten, wird bewiesen werden durch das Zeugnis desjenigen Kriegsgerichtsrats, welcher Hidel den neuen Haftbefehl des Verteidiger angewiesen war, auf diese neuen Verdachtsgründe und Beweismittel genau zu achten, sagte dem Kriegsgerichtsrat, es lägen doch keine neuen Thatsachen und Momente gegen ihn vor. Darauf erwiderte der Kriegsgerichtsrat: Die haben wir allerdings noch nicht, aber die Untersuchung ist eingeleitet. Diese Aeußerung wird, außer dem Kriegsgerichtsrat und Hidel, der als Militärgerichtsschreiber zugezogene Sergeant und der das Arresthaus in Gumbinnen verwaltende Feldwebel bekunden. Wenn aber die Kriegsgerichtsrate nichts von neuen Ver-

dachtsgründen und Beweismitteln wüßten, dann können die Gerichtsherren hiervon wohl kaum Kenntnis haben, denn die Gerichtsherren dürfen nach § 167 an Untersuchungsbedingungen nicht teilnehmen, als solche auch nicht vornehmen.

Die Gerichtsherren haben sich jedoch nicht nur über §§ 177 und 179 der Militär-Strafgerichtsordnung, sondern auch über § 345 des selben Gesetzes hinweggesetzt. Nach § 345 ist dem verhafteten Angeklagten schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet. So lange die Anklage nicht erhoben ist, kann der Gerichtshof schriftliche Mitteilungen zurückweisen, deren Einsicht ihm nicht gestattet wird. Der Rechtsanwalt Horn ist dem Angeklagten Hidel erst nach Erhebung der Anklage von Amtswegen zum Verteidiger bestellt. Hidel und Rechtsanwalt Horn durften daher völlig ungehindert Briefe wechseln; kein Dritter war dabei, diese Briefe zu öffnen und zu lesen. Der Gerichtshof hätte vor Erhebung der Anklage auch nicht das Recht gehabt, die Briefe des Rechtsanwalts Horn an Hidel ohne weiteres anzubringen und zu lesen; er mußte sie eröffnet dem Verteidiger zurückgeben, falls der Verteidiger die Einsicht ihm nicht gestattete. Wie die Sache aber hier lag, durfte Generalleutnant v. Alten die Briefe des Verteidigers an Hidel nicht einmal zurückweisen. Hidel's Briefe an den Verteidiger sind diesem stets auch eröffnet zu gegangen. Der Vorsitz der Arresthauses in Gumbinnen, Hauptmann von Reulendorf, hat durchaus korrekt angeordnet, daß Hidel diese Briefe verschließen solle. Es war dem Verteidiger unter diesen Umständen auch nicht im entferntesten der Gedanke gekommen, daß seine Briefe an Hidel geöffnet wurden. Erst jetzt ist durch eine gelegentliche Aeußerung Hidel's dieses dem Verteidiger bekannt geworden. Hidel hat es nämlich für selbstverständlich gehalten, daß seine Korrespondenz von den Mitgliedern des Kriegsgerichts gelesen würde, und hat sich bei seinem Verteidiger deshalb darüber nicht beklagt. Es steht nun unzweifelhaft fest, daß alle Briefe des Verteidigers an Hidel erbrochen und dem Angeklagten offen zugestellt sind. Alle diese Briefe waren in Briefumschlägen enthalten, die den deutlichen Ausdruck auf der Vorderseite trugen: „Rechtsanwalt Paul Horn in Jüterburg“. Briefe des Verteidigers, die den Poststempel vom 5. und 6. Juni trugen, sind Hidel erst am 13. Juni zugestellt.

Es bleibt abzuwarten, ob sich jemand finden wird, der es unternimmt, diese Gesetzwidrigkeit zu verteidigen. Der Verteidiger wird nach § 299 des Reichs-Strafgesetzbuches Strafantrag wegen Verletzung des Briefgeheimnisses stellen. Es wird sich dann ergeben, wer die Briefe geöffnet hat. Dem Verteidiger ist die allerdings unkontrollierbare Mitteilung gemacht, seine an den Sergeanten Hidel in Gumbinnen gerichteten Briefe würden beim Kommando des Dragoner-Regiments von Bedel von der Post abgegeben, das Regiment habe die Briefe an das Kriegsgericht in Jüterburg geschickt, von dort kämen sie offen an das Regiment zurück und würden dann dem Angeklagten Hidel offen zugestellt.

Die Anklündigung, daß der Verteidiger wegen einer der begangenen Gesetzwidrigkeiten Strafantrag stellen wird, würde die Angelegenheit ins Rollen bringen, wenn auch diese Verhandlung nicht wieder vor dem Militärgericht stattfinden würde.

Der Fall ist wie kein zweiter, wie wir schon früher betonten, geeignet, zu zeigen, daß der für den Krieg erzogene Militär untauglich zu einer geordneten Rechtspflege ist. —

**Chinesische Dokumente.** In der Pariser „Revue blanche“ veröffentlicht Alexander Marx eine Anzahl von Briefen, deren Verfasser Chinesen sind und die den europäischen Einbruch in Peking, unter dem sie und ihre Familien furchtbar gelitten haben, als Anklage schildern. Der Herausgeber der Briefe leitet die Veröffentlichung also ein:

„Die Dokumente, die zu veröffentlichen ich mich als Mensch freue, als Europäer mich schäme, sind mir von chinesischen Freunden während einer Reise übergeben worden, die mir erlaubte, die chinesischen Vorgänge gewissermaßen aus den Coulissen zu beobachten. Zwischen mir und den europäischen Truppen lag das Gebiet der militärischen Operationen. Diese Dokumente sind von Wichtigkeit, indem sie einestheils die Situation in China so schildern, wie sie den Chinesen erscheint, indem sie ferner den kläglichen Mißerfolg der europäischen Politik in Radtheit bloßstellen.“

Die beiden ersten Briefe sind aus Kalgan geschrieben und behandeln die Einnahme dieser Stadt durch die Truppen der Expedition des verunglückten Grafen York von Wartenburg. In diesen wie in den andern Briefen werden die deutschen Truppen aus schwerster Beschuldigung. Es ist unmöglich, die Briefe hier wiederzugeben, da gewisse Persönlichkeiten und Absichten der Beleidigung unterstellen dürften, wo wir die Absicht verfolgen, Verwahrung einzulegen, daß die deutsche Kultur durch solche Unthaten, wofür sie wirklich begangen wurden, geschändet werde. Wohl aber müßten diejenigen Blätter, die von der civilisatorischen Aufgabe Deutschlands in China zu sprechen beliebten, diese Briefe der Öffentlichkeit übergeben, und die Heeresverwaltung hat die Pflicht, gründliche Untersuchungen anzustellen über die Vorwürfe schauerlichster und unsäglichster Schändlichkeiten, die gegen deutsche Soldaten in der französischen Zeitschrift erhoben worden.

Ferner ist es von Interesse, aus diesem Briefe lernen zu lernen, welche Auffassungen sich in China verbreitet haben über die bekannte Rede des deutschen Kaisers: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht.

Endlich bestätigen die chinesischen Briefe die Richtigkeit unserer Auffassung, daß gerade Deutschland den erbittertesten Haß der chinesischen Bevölkerung gegen sich erregt hat. Während der Briefschreiber von den Russen Hilfe gegen die Barbaren erhoffen, während sie Feindschaft gegen die übrigen europäischen Nationen hegen, erscheinen ihnen die Deutschen als Personifizierung alles Unmenschlichen. —

**Die Subventionierten des Bundes.** Jetzt endlich äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“ zwar nicht zu unseren Mitteilungen, die die Diätenpenden des Bundes betreffen, sondern zu einer nicht von uns ausgegangenen nebensächlichen Andeutung der „Schwäb. Tagwacht“. Allerdings hat die „Schwäbische Tagwacht“ falsch geraten, wenn sie im Abgeordneten Schrempf einen der Subventionierten vermutete. Will aber die „Deutsche Tageszeitung“ ernstlich leugnen, daß der Bund mehrere rechtsstehende Reichstags-Abgeordnete, welche die Kosten ihres Aufenthalts in Berlin aus eignen Mitteln nicht bestreiten zu können erklärten, subventionierte? Es wäre weit schöner, wenn die frommen Bündler in sich gingen und selbst die Wahrheit bekennen würden; das machte doch einen besseren Eindruck, als wenn andre Leute die Sache enthüllen müßten. Nur nicht zu großspurig!

Von Herrn Bauer schweigt das bündlerische Blatt nach wie vor mit größter Hartnäckigkeit.

**Beschwener Trost.** Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt: „Die Erwartungen der Socialdemokratie sind wohl noch niemals so jämmerlich enttäuscht worden, wie durch den Ausfall der Erziehungswahl in Ottweiler-St. Wendel. Bald nach dem Ableben des Herrn v. Stumm wurde bekanntlich in allen möglichen Tonarten gepredigt, daß die gewaltige Arbeiterscharen Rache nehmen werde für den Druck, unter dem sie dort bisher gelitten habe. Die Socialdemokratie stellte auch in dem Wahlkreis einen eignen Kandidaten auf. Aber dieser hat es trotz der ungewöhnlich starken Wahlbeteiligung nur auf eine ganz winzige Stimmenzahl gebracht. Das beste an der Sache ist aber, daß sowohl der Sieger im Wahlkreis als auch sein Gegner aus dem Centrumslager

Schutzöllner sind und daß die weitaus überwiegende Mehrheit der Wähler dem Arbeiterstande angehört. Man er-kennt hieraus, wie wenig angebracht es ist, die gesamte deutsche Arbeiterschaft für den Freihandel in Anspruch zu nehmen. Unter diesen Umständen kann man mit Recht sagen, daß ein Teil der Schlussfolgerungen, welche die Demokratie beider Richtungen seiner Zeit an den Ausfall der Wahl im Kreise Greifswald-Grümmen geknüpft hat, sich schon jetzt als hinfällig erweisen hat.“

Es wird der „Kreuz-Zeitung“ schwer werden, den angeblichen Rachekühn der „in allen möglichen Tonarten“ nachzuweisen. Wir haben für die Erziehungswahl im Stummischen Kreise keinerlei Hoffnungen geäußert, denn wir wissen, daß das Stummische Verordnungs- und Verwaltungssystem nicht mit dem Ableben seines typischen Vertreters beseitigt ist. Die skandalösen Wahlbeeinträchtigungen, deren selbst die im Kreise doch mächtige Centrumspartei seitens der Grundbesitzerverwaltung ausgeübt war, haben gezeigt, daß die Stummlinge in Saarabien ihrem Herrn und Gebieter treuherzig nachsehen, so trefflich, daß die Ungültigkeit der Wahl in Aussicht gestellt ist.

Ein gar billiger Trost ist aber „das beste an der Sache“, die Thatsache, daß beide Parteien, die um den Wahlsieg kämpften und die fast sämtliche Stimmen des Kreises auf sich vereinten, Schutzöllnerisch sind. Die Konservativen müssen schon sehr bescheiden geworden sein, wenn sie Erziehung für den Verlust eines Kreises, der stets konservativ und schützöllnerisch vertreten war, an die Schutzöllner gegner, in der Bewahrung eines andern, stets unreaktionären, jedem freibüchlichen Lusthauch versperren Wahlkreis finden. Die „Kreuz-Zeitung“ dürfte sich selbst gefallen, daß ihrer Partei Lüge längst gekostet sein werden, wenn auch in dem Stummischen Kreise der „Umsturz“ Einzug hält.

**Vegas und der Umsturz.** An dem neuen Vegas'schen Bismarck-Denkmal zu Berlin sind nicht nur die Materialen als haben verwendet, sondern auch der Umsturz hat seine Stelle gefunden. Es giebt nämlich dort eine stolze Frauensperson zu schauen, die irgend einer Koubertlage, die verendend am Boden liegt, den Schädel eingedrückt hat. Nach einer Erläuterung dazu soll die Hiesendame die „Staatsgewalt“ darstellen, die über die Mächte des Umsturzes triumphiert.“

Wenn Herr Reinhold Vegas uns als ein wildes Tier verberichtet, so lassen wir uns das schließlich gefallen. Es muß ja auch für Bismarck nicht ganz angenehm sein, unter dem Bilde eines Löwen gefeiert zu werden, der — wie alle die großen Kägen — naturgeschichtlich längst als feige Bestie entlarvt ist. Aber das Uebermaß von historischer Unwahrscheinlichkeit ist doch ansäßig, daß die Bestie des Umsturzes von Bismarck zertreten sein soll, während sie sich in Wirklichkeit gerade unter ihm und durch ihn gedeihlich entwickelt und geflügelt hat.

Herr Reinhold Vegas, der Schöpfer des Denkmals, ist allerdings, wenn nicht künstlerisch, so doch in seinen Anschauungen von großer Wandlungsfähigkeit. Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ist die dreibändige Ausgabe von Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften erschienen. Das Titelbild im ersten Band zeigt das Portrait unres großen Vorbildes nach einer im Privatbesitz befindlichen Skizze von — Reinhold Vegas. Im Jahre 1889 war auf der Pariser Weltausstellung auch ein Werk von Reinhold Vegas ausgestellt. Damals war, wie erinnerlich, Frankreich und seine Anstellung in Postreisen aufs strengste bespottet. Doch trotzdem Vegas sich an der Ausstellung beteiligen wollte, wurde ihm sehr verdracht. Herr Vegas aber, alszeit bereit umzulernen und sich einer besseren Einsicht zu fügen, ließ schleunigst das von ihm geschickte Werk aus Paris verschwinden.

Aus diesen Anzeichen dürfen wir wohl annehmen, daß der Künstler, wenn er, was wir ihm wünschen, die Eroberung der politischen Macht durch die Socialdemokratie noch erleben sollte, gern bereit sein wird, das Bismarck-Denkmal im Sinne der historischen Wahrheit zu corrigieren und die Leoparden-Gruppe umkehren wird. —

**Die Anti-Bismarckfeier.** Die Klagen über die schwächliche Bismarck-Begeisterung finden in einem Teil der Provinzpresse eine rückhaltlosere Deutlichkeit, als in den Berliner Meinungsorganen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ widmet dem Verhalten des Regierungsblatts, der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ die folgende Bemerkung:

„Sie sagt in ihren beiden Sonntagsausgaben gar nichts. Doch, etwas: auf der vierten Spalte findet sich eine Beschreibung des Denkmals, die mit den Worten eingeleitet wird: Unser s-Berichterstatter giebt von dem Denkmal folgende Schilderung. Das Blatt thut die Sache also ab wie irgend ein Lokalereignis, etwas einen Nord oder eine Jugentgleisung. Von dem Versuch, der Bedeutung des einzigen Mannes auch nur mit ein paar Worten gerecht zu werden, keine Spur.“

Vielleicht gereicht es dem Bismarckblatt zu einigem Trost, daß die „Norddeutsche“ dafür um so eifriger die übereinstimmenden Lobgesänge der Presse aller bürgerlichen Parteien auf Bismarck oratorische Größe wiedergiebt!

Ausgefallen ist es übrigens auch, daß Miquel an der Feier nicht teilgenommen hat! —

**Anarchistenpakt.** Aus Meissen wird berichtet: „Auf der Seufzberger Grube bei Großenhain wurden drei italienische Arbeiter, wie es heißt, unter Verdacht anarchistischer Umtriebe und wegen angeblicher Verbindung mit dem Mörder König Humberts verhaftet und den italienischen Behörden abgeliefert.“

Eine amtliche Aufklärung über diese Mitteilung ist wünschenswert. —

**Das schaurige Märchen eines anarchistischen Racheaktes,** das wichtig ihuende Budapest Polizei-Hotel in die Welt gesetzt haben, hat sich wieder einmal als eitel Schwindel erwiesen. Am 15. Mai d. J. war in Budapest aus der Donau die Leiche eines Unbekannten gezogen worden, die etwa vier Monate im Wasser gelegen haben mochte. Der Körper des Verstorbenen war unter dem Mantel mit schweren Ketten bewickelt. Man fand bei dem Toten kein Geld, aber eine goldene Uhr und Kette, Kassen Schlüssel und eine Anzahl von Rezepten einer Dresdener Apotheke. Auf Grund dieser Rezepte wurde in Dresden ermittelt, daß es sich um den Fabrikanten Dr. Löwenstein aus Dresden handele, der vor etwa fünf Monaten spurlos aus Dresden verschwunden war. Dieses magere Thatsachenmaterial genügte den Budapest Polizei-Hotel, um den sensationellsten bürgerlichen Zeitungen folgenden Roman mitzutheilen, der durch zahlreiche deutsche Blätter ging:

Man ist in politischen Kreisen Budapest aus der Ansicht, daß der aus Dresden verschwundene Dr. Löwenstein mit jenem Berliner Journalisten Ernst Löwenstein identisch ist, der vor einigen Jahren in dem großen Prozesse gegen den Kriminal-Polizeihauptmann Lauth und gegen den Journalisten Hermann-Schumann, der sich als Spiegel der Berliner politischen Polizei entpuppte, häufig genannt wurde. In Bezug auf Ernst Löwenstein wurde in jenem Sensationsprozess freier festgestellt, daß er, ebenfalls im Dienste der Berliner politischen Polizei stehend, die Aufgabe hatte, die in England und in der Schweiz lebenden deutschen Anarchisten aufzuspiiren und auszuspiiren. Wenn dies thatsächlich der Fall ist, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß das mysteriöse Ende Dr. Löwensteins einen politischen Hintergrund hat und sich als ein Racheakt der Anarchisten erweist.“

An all diesem Gerede ist kein wahres Wort. Dr. Löwenstein hat sich niemals mit anarchistischen Theorien und nicht einmal viel mit Politik befaßt. Wie alle seine Verwandten glauben, hat er sich selbst den Tod gegeben. Bevor er verschwand, zeigte er sich oft schmerzhaft und sprach von Selbstmord. Dabei äußerte er unerschrockenen Aufsehen über das Aussehen der Wasserleichen und meinte, die Selbstmörder sollten dafür sorgen, daß sie nicht mehr gefunden würden. Aus diesen gelegentlichen Bemerkungen Löwensteins erhellt, daß er sich wahrscheinlich selbst mit Ketten bedrückt hat, um ein Aufschwimmen der Leiche zu verhindern. Der Anlaß zur Schwermut

des Toten ist in seinem geschäftlichen Verhältnis zu suchen. Dr. Löwenstein, der mit einem Dr. Muhr in Dresden eine Gemische Ladefahr betrieb, konnte sich mit seinem Geschäftsführer nicht vertragen. An dem Ausschreiben aus der Firma hinderte ihn aber ein zehnjähriger Vertrag. Vor seiner Abreise nahm Löwenstein nur 2000 M. an sich. Seine beträchtlichen Geschäfts- und Bankguthaben ließ er unberührt. Man nimmt an, daß er die 2000 M. in Budapest, das er als lustigste Stadt der Welt seinen Bekannten gegenüber pries, verjubelte und dann in den Tod ging.

**Bestrafte Sonnenbrüste.** Die „Schwäbische Tagwacht“ veröffentlicht das Schreiben eines Chinakriegers aus Pootungfu vom 8. April. Wir entnehmen dem Schreiben die folgenden Sätze:

„Der größte Teil unserer Kranken sind venerische. Was für Vorsichtsmaßregeln hier getroffen sind, um den Geschlechtskrankheiten vorzubeugen kann ich Dir nicht mitteilen. Obwohl der größte Teil der abgehenden Damen längst die Stadt verlassen mußten, kommen immer wieder welche ins Laz. Hier giebt es Damen aller Farben und aller Nationen. Internationale Bordells, sogar eine internationale Räuberbande trieb in letzter Zeit sich umher, die aus mehreren 100 Mann größtenteils desertierte Soldaten aller Staaten bestand. Mit den Briefmarken und Ansichtskarten ist es hier schlecht bestellt. Die chinesische Post ist uns streng verboten worden und sind Briefmarken schlecht aufzutreiben deshalb. Mit Ansichtskarten ist's fast noch schlimmer. . . . Kürzlich wurde angefragt, wer sich auf ein weiteres Jahr verpflichten wolle; von uns meldete sich kein einziger. Warum ich mich nicht meldete werde ich Dir später mündlich mitteilen, nicht daß mir's geht wie kürzlich einem Unifz. (Unteroffizier), der es heimlich und dafür drei Wochen Mittelarrest erhielt.“

**Posten.** 18. Juni. Die Postener Regierung hat, dem „Potener Tageblatt“ zufolge, den katholischen Schul-Vorstand in Schroda wegen „Betheiligung deutschfeindlicher Gefinnung“ aufgelöst und die Mitglieder ihrer Klemmer entbunden.

### Eigentümliche Zustände in Nord-Schleswig.

Eine Entscheidung von weittragender Bedeutung für die politischen Verhältnisse in Nord-Schleswig — so wird uns von dort geschrieben — hat kürzlich der Straffenat des Oberlandesgerichts zu Kiel in folgender Veranlassung gefaßt:

Zur Monats-Dezember vor. Jz. ward plötzlich eine junge Dame aus angehener Familie in Sonderburg von dem Köllerschen Regiment als „lästig“ erachtet und ohne weitere Angabe von Gründen des Landes verwiesen. Weil ihr Vater, ein geborener Schleswiger, seiner Zeit in Gemäßheit des Artikel 19 des Wiener Friedens für Dänemark optiert hatte. Die Ausgewiesene, Fräulein Helene Reimers, kam jedoch der Ausweisungsbefehl nicht nach, sondern verblieb ruhig in ihrer Familie, indem sie behauptete, die dänische Staatsangehörigkeit nicht zu besitzen. Trotzdem ward sie, als die ihr gegebene Frist verstrichen war, durch einen Polizeibeamten über die Grenze nach Dänemark gebracht. Hier wandte sie sich an den Amtmann des Bezirks, der ihr eröffnete, sie könne nicht als dänische Staatsangehörige angesehen werden. Daraufhin lehrte Fräulein Reimers nach Schleswig zurück und wurde Anfang Januar wegen unerlaubter Rückkehr von dem Schöffengericht zu Sonderburg zu einer zweitägigen Haftstrafe verurteilt. Wegen des Urteils des Schöffengerichts legte Fräulein Reimers Verurteilung ein, jedoch hielt das Landgericht in Flensburg die Entscheidung des Schöffengerichts aufrecht. Die beim Straffenat des Oberlandesgerichts in Kiel angemeldete Revision kam am 8. Mai zur Verhandlung und rügte einen Verstoß gegen den Art. 19 des zwischen Dänemark, Preußen und Preußen am 30. Oktober 1864 geschlossenen Friedetraktats als eine Verletzung einer materiellen Rechtsnorm. Die Revision ward für begründet erachtet und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückgewiesen. Das jetzt vorliegende schriftliche Urteil des Kieler Straffenats giebt in der Aufzählung, daß eine Optionserklärung des Rates noch nicht genügt, um die wirkliche Staatszugehörigkeit zu beweisen; hierzu sei auch der Beweis der völliigen Ueberlieferung erforderlich; sei diese nicht erfolgt, so verbleibe Fräulein Reimers preussische Staatsangehörige und könne nicht ausgewiesen werden.

Diese Entscheidung steht im größten Widerspruch zu der bisherigen Handhabung ähnlicher Fälle seitens der preussischen Behörden in Schleswig. Von den ca. 22.000 Optanten und Optantinnen Nord-Schleswigs ist nur eine geringe Anzahl nach Dänemark übergegangen. Die übrigen dürften demnach in Zukunft als preussische Unterthanen betrachtet werden.

Es ist höchste Zeit, daß die Optantenfrage geregelt wird, wenn man bedenkt, daß diese Tausende nach der bisher üblichen Verwaltungspraxis weder haben noch drüber heimatsberechtigt waren und darum ohne Angabe von Gründen hin und her geschoben werden konnten.

## Ausland.

### Zwei Volkszählungen.

#### Bevölkerungszustand in Frankreich.

Aus Paris wird berichtet: Der Direktor des Statistischen Amtes, Dr. Jacques Bertillon, publiziert die vorläufig festgestellten Ergebnisse der Volkszählung vom 24. März 1901 und sieht sich veranlaßt, angesichts dieser Resultate, welche noch schlimmer sind, als befürchtet wurde, einen Alarm auszugeben. Bertillon teilt mit, daß die Bevölkerungsziffer am 24. März ungefähr 38.600.000 betrug. Nur jene Departements, welche große Städte besitzen, weisen eine Zunahme auf, während in allen übrigen Departements die Bevölkerung abgenommen hat. Die Einwohnerzahl Frankreichs ohne das Seine-Departement beträgt ungefähr 35 Millionen, was gegen 1896 eine Zunahme von bloß 39.000 bedeutet. Das Seine-Departement weist eine Zunahme von 292.000 Einwohnern auf, doch ist diese Zunahme auf die Weltbevölkerung zurückzuführen. Die Bevölkerung Frankreichs hat alles in allem seit 1896 um etwa 330.000 zugenommen; und dieser geringfügige Zuwachs ist höchst wahrscheinlich der Fremdeinwanderung zu danken. Frankreich, schreibt Dr. Bertillon, ist auf dem Wege, rasch eine Nation dritten Ranges zu werden; seine wirtschaftliche Kraft, seine militärische Macht, sein intellektueller Einfluß sind von einer immer wachsenden Gefahr bedroht. Frankreich ist sich selbst schuldig, gegen diese Gefahr anzukämpfen.

#### Die Ergebnisse der Volkszählung.

Der Bericht über die letzte Volkszählung im Vereinigten Königreich ist soeben veröffentlicht worden. Es geht aus ihm, nach einem Auszug in der „Post“, hervor, daß die Vermehrung der Bevölkerung in der letzten Dekade in der Rate von 12,17 Proz., in dem vorgehenden Jahrzehnt dagegen zu 11,65 Proz. vor sich gegangen ist. Während die numerische Zunahme größer als zu irgend einer früheren Periode ist, ist die Rate niedriger, als während einer andern Dekade des Jahrhunderts, außer den mit den Jahren 1801 und 1891 endigenden. Die Gesamtzahl der Personen, die am 31. März 1901 in England und Wales lebten, beträgt 32.588.075. Die Zahl der Geburten beträgt in England gewöhnlich mehr als die Zahl der Todesfälle, während die Zahl der Auswanderer seit 1851 zahlreicher zu sein pflegte, als die der Einwanderer. Der Verlust durch die größere Auswandererzahl betrug während der letzten Dekade kaum ein Zehntel des Verlustes während der vorhergehenden Dekade.

Es ist interessant zu sehen, daß die Bevölkerung sich seit dem Regierungsantritt der verstorbenen Königin Victoria mehr als verdoppelt hat. Von den 32.588.075 Personen waren 15.721.728 männlichen und 16.866.347 weiblichen Geschlechts, was ein Mehr von 1.082.619 Personen weiblichen Geschlechts ergibt, das sich jedoch teilweise dadurch erklären läßt, daß die im Auslande im Meer, in der Marine und Handelsflotte dienenden Männer nicht in dem Bericht einbezogen

sind. Im Jahre 1901 betrug das Mehr an weiblichen Personen 896.723. Auf je 100 männliche kamen 108,9 weibliche Personen. Die Rate der Zunahme im letzten Jahrzehnt betrug für männliche Personen 11,9 Proz. und für weibliche 12,4 Proz.

Die Bevölkerung Londons nahm von 1881—1891 zum erstenmal langjamet zu, als diejenige von England und Wales; die erstere um 10,39 Proz., die letztere um 11,65 Proz. In der letzten Periode ist der Gegenfall noch größer. Londons Bevölkerungszunahme betrug nur 7,28 Proz., der von England und Wales dagegen 12,17 Proz. In jedem der letzten zwei Berichte über die Volkszählung war darauf hingewiesen worden, daß im Centrum Londons eine Gruppe von Distrikten existiert, in welcher die Bevölkerungszahl seit langem abnahm, und zwar infolge Verwendung der Häuser dieser Gebiete zu Geschäftszwecken, statt zu Wohnzwecken, und daß um dieses zentrale Gebiet ein Ring von Distrikten gelagert ist, die alle mehr oder weniger schnelle Bevölkerungszunahme zeigen, und zwar ist der Zuwachs größer, je weiter der betreffende Distrikt vom Centrum entfernt liegt, und daß außerhalb des amtlichen London ein weiterer Gürtel von Vorstädten liegt, der als äußerer Ring zu bezeichnen ist, in dem die Bevölkerungszahl mit außerordentlicher Schnelligkeit zunimmt.

Die Bevölkerungszahl des Vereinigten Königreichs belief sich am 31. März 1901 auf 41.454.578 Personen, was ein Plus von 3.721.656 gegenüber der letzten Volkszählung vom Jahre 1891 ergibt.

Der Bericht illustriert, daß die Bevölkerung von England und Wales, die jetzt 32.588.075 Seelen zählt, 1911 sich auf 36.588.288 belaufen wird. Die Bevölkerung südlich der schottischen Grenze hat sich in 58 Jahren verdoppelt und würde sich bei der jetzigen Rate in weiteren 60 Jahren abermals verdoppelt haben. Bevor jedoch diese Zeit kommt, wird der Fall in der Geburtenrate, der bereits bemerkbar ist, wahrscheinlich den Punkt erreicht haben, wo er als Hindernis exzessiver Zunahme wirkt.

## Oesterreich-Ungarn.

**Prag, 18. Juni.** Ein kaiserliches Handschreiben an den Statthalter Grafen Coudenhove drückt den besonderen Dank des Monarchen über die ihm von beiden Völkern in Böhmen dargebrachten Kundgebungen aus und fährt dann fort: Der überall sichtbare Fortschritt, den ich auf allen Gebieten des geistigen und wirtschaftlichen Lebens wahrzunehmen Gelegenheit hatte, die überaus rasche Entwicklung, die meine königliche Hauptstadt Prag, ebenso wie andre von mir besuchte Städte aufweisen, haben mich hoch erfreut und bekräftigt auf meine neue Hoffnung, daß auch das sichere Unterpfand der dauernden Blüte des Landes, der so heiß ersehnte nationale Friede, welcher durch die erfolgreiche Annäherung der beiden Nationen auf wirtschaftlichem Gebiete angebahnt wurde, meinem geliebten Königreich bald beschieden sein wird.

Der Zwist zwischen der czechischen und der deutschen Bourgeoisie ist natürlich nach dem Kaiserbesuch genau so heftig wie zuvor.

## Frankreich.

**Kanalpolitik.** Der Arbeitsminister Baudin hielt am Montag in Orléans bei einem Banquet des Kongresses für Schiffarmachung der Loire eine Rede, in welcher er die Politik des Kabinetts vertheidigte und die eingebrachte Kanal- und Wasserstraßen-Vorlage besprach. Unter andern erklärte Baudin unter dem Vorbehalt der Versammlung, daß Schienenwege und Wasserstraßen einander keine Konkurrenz machen, sondern sich gegenseitig ergänzen und unterstützen.

## Italien.

**Rom, 18. Juni.** Deputiertenkammer. Der Minister des Äußern, Prinetti, antwortet auf Anfragen der Deputierten Mareca und de Nicolo über den Zwischenfall in Preveza. Prinetti führt aus, daß die Pforte, um den Streitfall beizulegen, folgende Bedingungen angenommen hat: erstens daß die türkischen Civil- und Militärbehörden um Entschuldigung bitten sollen; zweitens daß die an den Gewaltthätigkeiten Schuldigen bestraft werden; drittens daß eine Entschädigungssumme an den italienischen Bürger, der verletzt wurde, gezahlt wird. Die Entschuldigungsbesuche fanden am 18. Mai statt. Bezüglich der Erfüllung der beiden andern Bedingungen ärgerte die Pforte einige Zeit; aber das feste Auftreten der italienischen Regierung hatte zur Folge, daß die beiden andern Bedingungen auch erfüllt wurden. Die antragenden Deputierten erklären, daß sie durch diese Antwort vollkommen befriedigt seien. Darauf nimmt die Beratung des Budgets des Innern wieder auf.

## Äfrika.

**Von der Somalifüste** wird dem Londoner Auswärtigen Amt gemeldet: Die Expedition des Obersten Swaine verließ Somalia, eine Landzunge südlich von Elbat, am 2. Juni mit der Hauptmacht der Truppen, um gegen das Lager des Nullahs in Habel zu ziehen. 300 Mann ließ er in Jariba als Wache zurück. Seit der Zeit sind zwei Angriffe auf Jariba gemacht worden und zwar von 500 Mann zu Pferde und 1500 Mann zu Fuß. Beide Angriffe wurden zurückgeschlagen. Der letzte Angriff des Nullahs wurde zurückgeschlagen, nachdem der Feind 40 bis 500 Mann verloren hatte. Auf britischer Seite wurden 10 Mann getötet, 9 verwundet.

## Kein Frieden!

Aus dem Haag wird berichtet: Präsident Krüger demotiert persönlich alle Friedensgerüchte; seiner Ansicht nach werde der Krieg noch sehr lange dauern.

## Kitchener's Streckenrapport.

Lord Kitchener telegraphiert aus Bloemfontein von gestern: Seit meinem letzten Bericht sind 24 Boeren getötet, 14 verwundet, 265 gefangen genommen worden. 165 Boeren haben sich ergeben. Erbeutet wurden 187 Gewehre, große Mengen Munition, 198 Wagen, 1500 Pferde und 3000 Stück Vieh. Hierin sind die Verluste, welche die Boeren während der Operationen des Generals Elliot erlitten haben, nicht eingerechnet.

Das Rätsel, woher alle diese unglücklichen getöteten, verwundeten und gefangenen Boeren eigentlich herkommen, löst der englische Generalissimus nicht. Die Gesamtsumme aller in Gefangenschaft befindlichen Boeren soll gar 19.242 betragen.

## Englische Schuppen.

Eine amtliche zusammenfassende Mitteilung über die letzten Zusammenstöße besagt: Ein Teil des Kommandos Scheepers hat Narragansburg am 13. d. Mts. genommen und die Wäden geplündert. Ferner haben 150 Boeren unter Rary eine britische Patrouille von 29 Mann umzingelt und gefangen genommen, nachdem 2 Engländer getötet und zwei verwundet waren. Im Kafanabdistrikt sind 200 Aufständische aufgetaucht, die nach Südwesten ziehen.

„Daily Mail“ meldet aus Kroonstad vom 15. Juni, daß zweimal versucht worden sei, den Kommandanten Beher, welcher noch immer bei Rand-River Pool lagert, von dort zu vertreiben. Durch beide Versuche wurde wenig mehr erreicht, als daß einige Gefangene gemacht und einige Vorräte erbeutet wurden. Die Obersten Grefell, Mac Niding, Wilson und Colenbrander waren in das Gesecht verwickelt.

## Partei-Nachrichten.

**Totenliste der Partei.** In Aöln a. Rh. starb am Sonntag infolge eines Herzschlags der Drechsler Louis Hesse. Der Verstorbene war ein eifrig thätiger Parteigenosse und hat zahlreiche Vertrauensstellungen in der Partei bekleidet. Seine Freunde werden ihm ein treues Andenken bewahren.

## Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Mißglückte Staatsrettung.** Wegen Verbreitung des Agitationskalenders, den das sozialdemokratische Agitationskomitee für die obere Rheinprovinz alljährlich herausgibt, hatten sich drei

Katholiker Parteigenossen zunächst vor dem Schöffengericht und auf die Berufung des Staatsanwalts vor der Strafkammer zu verantworten. In beiden Instanzen erfolgte Freisprechung, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Angeklagten den Kalender auf der Straße verteilt hätten. Nach den Auslagen eines als Zeuge aufzufindenden Gendarmen war die Polizei des betreffenden Landorts von Waden aus behördlich aufmerksam gemacht worden, daß die Verbreitung stattfinden solle. Erst als die Parteigenossen nach gethener Arbeit zur Stärkung in ein Gasthaus eingelassen waren, kam die Verteilung zur Kenntnis der Ortspolizei. Als unsere Freunde bereits auf dem Heimweg waren, wurden sie von dem Gendarm eingeholt und zum Bürgermeisteramt gebracht, wo die Personalien festgesetzt wurden. Wenn auch die Polizei wie kürzlich in einem ähnlichen Prozeß mit ihrem Strafantrag hineingefallen ist, so ist es ihr doch gelungen, wieder einigen Staatsbürgern wegen der Ausübung gesetzlich garantierter Rechte erhebliche Verlastungen zu bereiten.

## Die Liquidation des chinesischen Abenteuerers

wird jetzt mit großer Geschwindigkeit betrieben. Die Gesandten in Peking haben sich über die Zahlungsweise der von China zu leistenden Entschädigungen, sowie über das für diese Zahlung zu gewährende Unterpfand geeinigt.

Die Vertreter der Mächte sind der Ansicht, daß sämtliche Unterhandlungen mit China vor Ende des nächsten Monats beendet, und daß die Truppen, mit Ausnahme der Schutztruppe für die Gesandtschaften, vor Ende August eingeschifft sein werden. Die Deutschen verlassen bereits den Winterpalast, damit die notwendigen Vorkehrungen zur Rückkehr des Hofes getroffen werden können.

Andererseits kündigen englische Sensationstelegramme einen chinesischen

### Aufstand im Yangtse-Thai

an, weil in Shanghai eine deutsche Garnison bleiben soll.

Daß die deutsche Besatzung in Shanghai nicht dazu beitragen wird, die friedlichen Beziehungen zu China zu fördern, ist sicher. Nur stammen die englischen Meldungen nicht aus dieser Erwägung, sondern aus dem militärischen Konkurrenzneid der englischen Jingo's.

### Die deutschen Verluste in China

betragen bis Mitte Mai bei den Mannschaften der Flotte 155 Tote und 132 Verwundete, insgesamt 287. Dazu 300 Mann vom Expeditionscorps. Eine Korrespondenz stellt folgende Einzelheiten zusammen:

**Gefallen** sind insgesamt 62 Mann, nämlich 25 von den Schiffen, 22 von den Seebataillonen und 15 vom Expeditionscorps. Dagegen sind an Krankheiten verstorben oder verunglückt insgesamt 277 Mann, also über viermal so viel, davon entfallen auf die Schiffe 95 Mann, auf die Seebataillone 63 Mann, auf die kleineren Marineformationen 15 Mann, auf die Infanterieregimenter 103 Mann, auf die Kavallerie 12, Artillerie- und Munitionskolonnen 30, Pioniere 13 und sonstige Formationen des Expeditionscorps 16 Mann. Vermißt werden 11 Mann.

Verwundet sind insgesamt 258 Mann, davon 76 schwer.

Die **Veranstaltung** der ostasiatischen Armee beträgt also 608 Mann, was bei Annahme eines Durchschnittsstandes unserer Armee in Ostasien von 25.000 Mann (Flotte und Landheer) etwa 2,4 Proz. ausmacht.

## 7. ordentliche Generalversammlung des Unterstützungsvereins für alle in der Hut- und Filzwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ludenwalde, den 17. Juni.

Nach der Begrüßung der Delegierten durch den Ortsvorsitzenden Freyer wurde heute vormittag die Generalversammlung vom Vereinspräsidenten Eyold eröffnet. Anwesend sind 27 Delegierte, 2 Vertreter des Hauptvorstandes, 1 Vertreter der Beschwerde- und Revisions-Kommission und als Vertreter des österrösischen Verbandes Kollege Seifried. Nach Erledigung der Bureauwahl usw. erstattet der Präsident den Vorstandsbericht, umfassend die Jahre 1898—1899—1900. Die Einnahme des Vereins inf. 21.720,82 M. Vortrag von 1897 beziffert sich auf 172.330,59 M., die Ausgabe beträgt 107.113,96 M. Die hauptsächlichsten Ausgabenposten sind: Arbeitslosen-Unterstützung 39.810,50 M., Wander-Unterstützung 7278,40 M., Fahrgebelde, Umzugskosten, Familien-Unterstützung 11.747,86 M., Gemahregelte und Ausständige 6332,74 M., Abonnement des Fachblattes 16.072,14 M., persönliche Verwaltungskosten 10.455,29 M., sächliche 7000 M., Generalkommission 2423,10 M., Rechtschutz 754 M., Agitation 800 M. etc.

Die Einnahme in der dem Verein direkt angehörenden Invaliden-, Krankengeldversicherung und Frauenversicherung beläuft sich inf. 65.047,68 M. Vortrag von 1897 auf 165.679,97 M. und die Ausgabe auf 96.810,16 M., so daß ultimo 1900 im Verein und seinen Unterstützungsvereinen ein Kassenbestand von 134.095,44 M. verblieb. Die Erträge der freiwilligen Sammlungen zur Unterstützung der Kämpfe anderer Gewerkschaften und notleidender Kollegen erreichen — soweit es sich feststellen ließ — die Höhe von 4900 M.

Die Mitgliederzahl ist in der Berichtsperiode von 2400 auf 2700 gestiegen, darunter 148 weibliche Mitglieder. Nach den Beiträgen gerechnet, bezahlten in den drei Jahren 2900 Mitglieder per Jahr 52 Beiträge. Obwohl der Geschäftsgang glänzender bezeichnet wird, wie während der Berichtsperiode 1895—1898, weist die Arbeitslosenstatistik doch 90.000 Tage Arbeitslosigkeit auf. Streiks, an denen nur wenige Mitglieder beteiligt waren, wurden geführt: Angriffsstreik sechs, mit vollem Erfolg 3, teilweisem Erfolg 1 und 1 ganz verloren. Abwehrestreiks waren 15 zu unterziehen; davon verließen glänzend für die Arbeiter 9 und verloren gingen 6.

In der Seidenhut-, Haarhut- und Filzwaren-Branche sowie teilweise in der Damenhut-Branche war es möglich, ohne Streiks eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Die schwachorganisierten Wäuhmacher, besonders in Ludenwalde — wo noch zwei Lokalvereine bestehen — hatten unter Lohnreduktionen zu leiden. Konstatiert wird, daß der Arbeitsnachweis mit Ausnahme der Strohhut- und Wollhut-Branche allgemein eingeführt ist und von den Unternehmern anerkannt wird.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht und den Bericht der Beschwerde- und Revisionskommission schloß den ersten Verhandlungstag aus. Dem Vereinsvorstand wurde einstimmig Decharge erteilt. Den Ludenwalder Webern bewilligte die Generalversammlung 100 M.

## Gewerkschaftliches.

### Verlin und Umgegend.

Die streikenden Barbiergehilfen arbeiten nach wie vor in den Verkehrlökalen der Arbeiterschaft, um die Zunahme der Zahl der Veranlassungen, daß sie mit der organisierten Arbeiterschaft vor dem Einigungsamt verhandeln und ihre Forderungen bewilligen. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, sich in den unten bekannt gegebenen Lökalen von den Streikenden bedienen zu lassen.

Es werden jeder Art sind an das Central-Bureau, Rosenthalerstr. 57, zu richten.

In folgenden Lökalen wird Mittwoch's von 11—8 Uhr gearbeitet:

Bauer, Rosenthalerstr. 57. Preuß, Neue Friedrichstr. 20. Simonis, Genslerstr. 21. Roffin, Ruppinerstr. 42. Brindmann, Prinzen-Allee 21. Wils, Burgsdorfer, Ecke Wildenowstraße. Farr, GutsMuthsstraße 10. Kadra, Luisenpark. Ede Havelbergerstraße. Duhn, Postoderstr. 12. Fischer, Dueselerstr. 96. Diele, Adersstr. 123. Hoppe, Adersstr. 21. Baumgarten, Königbergerstr. 7. Rathke, Köpenickerstr. 41. Bethge, Räderdorferstr. 60. Georgi, Frankfurter Allee 70. Gorn, Wollstr. 23. Höfke, Grüner Weg 33. Markowksi, Wallnertheater-

straße 20. Schröder, Fruchtstraße 33/34. Schulze, Or. Frankfurterstr. 5. Wille, Andreasstr. 26. Martens, Langestr. 90. Dieberstein, Adalbertstraße 61. Wägen, Raumnstr. 30. Salomon, Raumnstr. 65. Krüger, Raumnstr. 6. Schulze, Waldemarstr. 2. Seidler, Mustamerstr. 14. Leichert, Elisabeth-Platz 23. Erbe, Currystr. 25. Baisch, Ritterstr. 32. Nag, Diefenbachstr. 31. Köpcke, Schillingstr. 30a. Wackmann, Eisenbahnstraße 30a. Franke, Wallisodenstr. 9. Wegner, Stallgerstr. 59. Schaller, Stallgerstr. 125. Schumann, Kistnerstr. 85. Böbel, Peterstraße 81. Richter, Mariannenstr. 41. Warschauerstraße 4. Wuttke, Graudenzstr. 13. Schid, Rautenfeldstr. 74. Hampel, Pausiger Platz 10. Bartel, Wollowstr. 59.

#### Die Lohnkommission.

**Zur Lohnbewegung der Barbier.** Der Innungsbezirk der Barbier, Friseur und Perückenmacher zu Deutsch-Wilmersdorf hat beschließen, den Gehältern die aufgestellten Forderungen zu bewilligen und eine allgemeine Preiserhöhung eintreten zu lassen. Wer von den Beteiligten gegen diese Beschluß verstoßt, hat laut allseitigem Einverständnis eine Buße von 15—20 M. an die Innungskasse zu zahlen, auch sollen die betreffenden Geschäftsinhaber öffentlich bekannt gegeben werden.

**Achtung, Dachdecker!** Am 28. Mai sind die Dachdecker von Kochen in den Streik getreten, um ihre gerechten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Da der Lohn in Kochen ein äußerst niedriger ist, er beträgt gegenwärtig 8—10 M. pro Tag für einen tüchtigen Gesellen, so ist die Forderung auf eine Lohnerhöhung von 25 Proz. gewiß eine bescheidene zu nennen. Die Unternehmer von Kochen glaubten aber mit der Gesellenchaft am besten fertig zu werden, indem sie deren Forderung überhaupt nicht beachteten und bis auf den heutigen Tag zu Verhandlungen überhaupt nicht geneigt sind. Da die Unternehmer nun alles aufbieten, um Streikbrecher nach Kochen zu ziehen und solche namentlich vom Auslande, aus Belgien und Holland, einzuschleppen, so seien die Kollegen hiermit nachdrücklich gewarnt, nach Kochen zu gehen und den dort kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen; denn ihr Sieg ist auch der unsre.

#### Agitations-Kommission der Dachdecker Berlins.

**Celluloidarbeiter!** In der Celluloid- und Stodgriff-Fabrik von Wendtsch in Leipzig-Lindenau wird gestreikt. Werksführer Ulrich soll sich gegenwärtig in Berlin aufhalten, um Streikbrecher für die genannte Fabrik anzuwerben. Die Kollegen werden hierauf aufmerksam gemacht und ersucht, den Zugang nach Leipzig streng fernzuhalten. Der Obmann der Stod- und Celluloidarbeiter Berlins.

#### Deutsches Reich.

**Der Streik in der Gummitabrik zu Herburg** ist beendet. Die Streikenden erklärten sich mit den folgenden Vereinbarungen, die am Sonnabend vor dem Oberbürgermeister abgeschlossen wurden, einverstanden:

Die Direktion wird die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Möglichkeit wieder einstellen, behält sich aber freie Auswahl bei der Wiedereinstellung vor.

Die Fabrik wird die von ihr am 25. März d. J. bewilligten und bereits in Kraft getretenen höheren Zuschläge für diejenigen Sorten Schuhe, bei deren Herstellung durch veränderte Konfektion eine Mehrarbeit entstanden ist, auch den wiederereinstellenden Arbeitern und Arbeiterinnen zahlen.

Der tägliche Lohn für eine mittlere in der Fabrik beschäftigte Arbeiterin wird bei genügendem Fleiße und regelmäßiger Arbeit mindestens 2 Mark betragen, selbstverständlich nach vollendetem Lehrzeit.

Eine Lohnerhöhung auf Canebaschuh kann die Direktion bis auf weiteres nicht in Aussicht stellen.

Der Streik hat somit nur einen teilweisen Erfolg für die Arbeiterinnen gehabt. Kahezu 13 Wochen hat der Kampf gedauert und ist auf beiden Seiten mit Anstrengung aller Kräfte getritten. An Streikunterstützung sind bis jetzt nahezu 60 000 M. gezahlt. Außerdem werden eventuell nachträglich noch an Gemahregelte Unterstühtungen gezahlt werden müssen. Die Organisation hat bewiesen, daß sie wohl in der Lage ist, den Arbeitern und Arbeiterinnen Rückenstärke zu gewähren.

**Die Kündigung von 50 Arbeitern der Kohlengrube Pongberg** in Oberhessen haben wir bereits gemeldet. Die Verwaltung giebt Arbeitsmangel als Entlassungsgrund an. Wenn diese Begründung an sich auch glaubhaft erscheinen mag, so ist es doch sonderbar, daß von der Kündigung — wie in einer Versammlung der Pongberger Bergarbeiter ausgeführt wurde — hauptsächlich ältere Arbeiter betroffen wurden. Ganz besonders aber muß es auffallen, daß auch dem Obmann des Arbeiterausschusses die Kündigung zugestimmt worden ist. Diese Umstände lassen vermuten, daß es sich bei den Entlassungen um eine Maßregelung und um Abshiedung älterer Arbeiter handelt, die man nicht in den Gemüß der ihnen später zustehenden Pension kommen lassen will. Unter den Bekündigten befinden sich auch österreichische Arbeiter, die von der Regenerverwaltung erst vor einigen Jahren veranlaßt worden sind, in das Pongberger Revier zu ziehen. Der gekündigte Obmann des Arbeiterausschusses ist am Sonnabend im Auftrage seiner Kameraden bei dem k. k. Berginspektor in Münden gewesen und hat ihm vorgebracht, er möge dahin wirken, daß die Verwaltung, wenn Arbeitsmangel vorliegt, Frierkündigungen einleget, anstatt Arbeiter zu entlassen. Der Berginspektor billigte diesen Vorschlag und versprach, am Dienstag in Pongberg einzutreffen. Auch die nicht von der Kündigung betroffenen Arbeiter erklärten sich einstimmig für Einsetzung von Frierkündigungen.

**Zum Lübecker Kohlenarbeiter-Streik.** Am Sonnabendabend wurden, um etwaigen Demonstrationen aus dem Wege zu gehen, die Streikbrecher bereits um 5 1/2 Uhr nach ihrem Logis gelockt. Die Abshiedung wird manchem Arbeitswilligen eine bittere Enttäuschung gebracht haben. 25 M. Wochenlohn war ihnen zugesichert worden, und was erhielten sie? Ein großer Teil der Arbeitswilligen belam am Sonnabend nur sage und schreibe: Neun Mark fünfzehn Pfennige für 4 Arbeitstage ausbezahlt; das ist der „hohe“ Verdienst. — Hebrigen läßt die gute Behandlung der Kapitalstreiter bereits nach.

**Das Gewerkschaftskartell in Lütetien** ist von der Polizei als Verein erklärt und ihm auf Grund dieser Feststellung die Abshaltung eines Festes verboten worden. Der Polizei in Lütetien scheint die jüngste oberrichterliche Entscheidung, daß ein Gewerkschaftskartell kein Verein ist, noch nicht bekannt geworden zu sein.

**Tabakarbeiter.** Maßregelungen von Cigarrensortierern und große Arbeitslosigkeit werden aus Bremen gemeldet.

**Sattler.** Der Streik in der Kofferfabrik Lippold, Dresden, dauert unverändert fort. Zugang nach dieser Werkstelle ist ferngehalten.

**Eine Sperre über etwa 100 Zimmergesellen** ist laut Meldung des „Wiesbadener General-Anz.“ durch die Zimmermeister-Vereinigung von Wiesbaden und Umgegend verhängt worden, weil die Gesellen eine Arbeitsordnung nicht unterschreiben wollten, die eine ganze Anzahl unbilliger Zumutungen enthält.

**Arbeitswillige aus Berlin** hatten sich die Baumunternehmer in der medienburgischen Stadt Orfel, wo die Maurer zur Zeit im Streik stehen, verschrieben. Der Arbeitsnachweis der Berliner Bauunternehmer hat auch wirklich 12 Leute aufgeschrieben, die er als Streikbrecher nach Orfel senden konnte. Brauchbare Maurer sind das natürlich nicht. Welcher Berliner Maurer würde auch nach Orfel gehen, wo die dortigen Maurer um einen Schandlohn von 35 Pf. streiken. Die nach Medienburg verbannten „echten Berliner Maurer“ sind solche Elemente, die die Berliner Bauunternehmer nicht gebrauchen können, die deshalb meist ohne Arbeit, aber gerade „gut“ genug sind, um Streikbrecherdienste zu leisten. Unter polizeilicher Bedeckung und der Begleitung von Unternehmern wurden die importierten Arbeitswilligen an die Arbeitsstätten geleitet. Während die Baumunternehmer den streikenden Maurern nicht 35 Pf. Stundenlohn zahlen wollen, gewähren sie ihren arbeitswilligen Handreichern 40—45 Pf., außerdem Kost, Logis und Wäsche. Die Werkstatte muß demnach doch wohl gestatten, daß man die Lohnforderung der Streikenden bewilligen kann. Allem Anschein nach wollen die Unternehmer in Orfel, berühmten Maurern folgend, eine Nachprobe ver-

anstalten. Wenn sie dabei an den gekennzeichneten Streikbrechern eine kräftige Stütze gefunden zu haben glauben, so dürften sie sich täuschen. Mit solchen Elementen befestigt man Kassenbewachte Arbeiter nicht.

**Von einem Tagelöhner- und Landarbeiterfreik Bericht** der „Kottbuser Anzeiger“: Im benachbarten L. (das Wort nennt den Ort nicht) legten sämtliche Arbeiter und Tagelöhner des Guts die Arbeit nieder, da ihnen statt des geforderten Lohnsatzes von 2 M. nur 1,75 M. gewährt werden sollte. Da kein Zugang stattfand, haben die Arbeiter nachträglich ihre Forderung noch auf 2,25 M. erhöht.

#### Ausland.

**Die beiden großen Ausstände in Ungarn,** nämlich der in den Erdwachsgruben zu Vorpölab und der Streik der Arbeiter in den Eisenwerken der Staatsbahn zu Reichgisa sind — einer Meldung der „Post. Ztg.“ zufolge — beendet. In beiden Fällen haben die Arbeiter einen vollen Erfolg erzielt.

**Montreal.** Montag früh stellten etwa 3000 Bahnwärter der Canadian Pacific-Eisenbahn auf Veranlassung der Arbeiterorganisation die Arbeit ein. Die Leitung der Bahn erklärt, das Publikum brauche bezüglich der Fahrt auf der Canadian Pacificbahn keine Besorgungen zu hegen, da sie für ausreichenden Ersatz der Ausständigen gesorgt habe.

**Wie aus Grenoble** gemeldet wird, verlangen die ausländischen Vergarbeiter in La Motte d'Arveillans, daß die Gesellschaft keinen einzigen Italiener mehr beschäftigen und sich verpflichte, die wegen der letzten Unruhen verhafteten französischen Arbeiter wieder aufzustellen. Bisher sind 23 Franzosen, die an der Plünderung italienischer Arbeiterwohnungen teilgenommen haben, verhaftet worden.

**Die Buchdrucker Stockholms** haben kürzlich die Delegiertenwahlen zu ihrem Verbandstag vorgenommen. Hierbei kam es zu einem heftigen Wahlkampf zwischen der liberalen und der sozialistischen Richtung. Die Wahl endete mit einem vollständigen Sieg der sozialistischen Liste. Während die liberalen Kandidaten nur 100—200 Stimmen erhielten, wurden für die sozialistischen 300—500 Stimmen abgegeben.

#### Sociales.

**Zur Nachahmung empfohlen.** Im „Berliner Tageblatt“ schreibt die Regierung von Neu-Südwaales (Australien) die Lieferung von 100 000 Lo. (2 000 000 Centner) stählerner Eisenbahnschienen aus. Unter den Bedingungen, denen die Bewerber zu genügen haben, befindet sich auch die, daß die Arbeiter mindestens 7 Schilling pro Tag, qualifizierte Arbeiter überdies die Gewerkschaftslöhne bekommen müssen unter Bewährung des achtstündigen Arbeitstages.

Im Staate der Socialreform sind nur erst die schlichtersten Anläufe zu solchen socialpolitisch bedeutenden Maßnahmen zu verzeichnen und auch diese erregen die heftigste Entrüstung aller unsrer Schornmacher ebenso wie unsrer Monarchenmänner. Sie sollten an diesem Beispiel ersehen, daß der Kapitalismus auch bei ernsthafter Socialpolitik noch immer geht.

**Verdiente Strafe.** Wegen fortgesetzter Uebertretung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung betreffend Schutz jugendlicher Arbeiter waren die beiden Fabrikanten David Bär und Th. Wienhus zu Geldstrafen, sowie der Werkmeister Hoffmeister, die ersteren in eine Geldstrafe von je 500 Mark, letzterer in eine Strafe von 100 Mark genommen worden. Gegen das Urteil legten die Gesegsverächter Berufung ein und daher hatte sich die Essener Strafkammer mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Wie in der ersten Verhandlung wurde nun auch hier wieder festgestellt, daß die Angeklagten von Anfang 1898 bis vor kurzem in zahlreichen Fällen jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren zur Leistung von Ueberzeitarbeit — veranlaßt haben. Oft hat die Arbeitszeit 24 Stunden hintereinander betragen. Wie der Vordichter, so stellte sich auch die Strafkammer auf den Standpunkt, die Angeklagten hätten in gewinnflüchtiger Absicht die Uebertretungen begangen. Die Berufung des Hoffmeister wurde verworfen, das Urteil gegen die Fabrikanten aufgehoben und die Strafe um die Hälfte — herabgesetzt. Gewiß eine verdiente Strafe, insofern als die Herren Unternehmer an der ungesetzlichen Ueberarbeit der jungen Leute sicher längst viel mehr verdient haben, als diese geringe Strafe ausmacht.

**Die Centralranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands** (E. G. in Hamburg) hält gegenwärtig ihre Generalversammlung in Vornburg ab. Die Lage der Kasse, welche am Schlusse des ersten Quartals 1901 in 237 Jahlstellen 15 264 Mitglieder zählte, ist zur Zeit finanziell keine glänzende. Doch Ende 1897 hatte die Kasse ein Vermögen von 858 692,10 Mark, das waren 23 310,54 Mark über die Höhe des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds. Aber schon vor drei Jahren, als die letzte Generalversammlung in Dresden tagte, ließ sich ein Wachsen der Ausgaben erkennen, das mehr oder weniger in allgemeinen Ursachen, zum erheblichen Teil aber auch in der wirtschaftlich schlechten Lage der Tabakarbeiter seine Ursache hatte. Die Öffnung auf Verbesserung, die damals gesetzt ward, hat sich als trügerisch erwiesen; es ist im Gegenteil ein erhebliches Wachsen der Kassenausgaben zu verzeichnen gewesen. Der Reservefonds müßte jetzt nach gesetzlicher Vorschrift 267 761 M. betragen; die Kasse hatte aber in Wirklichkeit am Schlusse des ersten Quartals 1901 nur ein Vermögen von 283 142 M. Die Generalversammlung hat die Aufgabe, dieses Minus zu beseitigen. Bei den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, wird die Umwandlung der Kasse in eine Juchskasse erörtert.

**Die Centralküche in Christiania** und die Volksküchen in Berlin. Der Verwalter der kommunalen Centralküche in Christiania, von der die Speisen für die Gratisverpflegung der Volksküchen der geliefert werden, hat kürzlich auf Kosten der Stadt eine Studienreise gemacht und dabei besonders auch Berlin, Hamburg und Wien besucht, um die dortigen entsprechenden Einrichtungen kennen zu lernen. Er ist jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Volksküchen in diesen Städten bei weitem nicht so praktisch eingerichtet, noch so leistungsfähig sind, als die Centralküche in Christiania und daß diese geradezu einzig dastehende in der Welt. In allen drei Städten, berichtet er, sind von den verschiedenen Gesellschaften eine ganze Reihe in der Stadt verstreuter Küchen mit Speiselokalen eingerichtet. Diese stehen unter einer Centralverwaltung und jede hat wieder ihren eigenen Verwalter und vollständiges Personal. Dieser weisläufige Apparat erfordert bedeutende Verwaltungs-Ausgaben; sie schluden in der Regel ein Drittel des ganzen Budgets. Wir haben ein System gewählt mit einer einzigen großen Centralküche, von der die Speisen hinausgebracht werden in die Speiselokale; wir bezahlen die Verwaltungskosten mit 15—20 Proz. des Budgets.

In den Volksküchen, die ich besucht habe, gab es selten Fleisch, und wenn es solches gab, wurde das Essen ziemlich teuer, bis zu 20 Pf. die Portion. Meistens bestand es aus gekochtem Gemüse, Kartoffeln, Kohl, Bohnen und dergleichen und kostete 15—20 Pf. für eine ziemlich inappe Portion. Diese Küchen waren in der Regel auf nicht mehr als auf die Lieferung von höchstens 1000 Portionen täglich berechnet. Wir liefern aus unserer Küche ungefähr 10 000 Portionen pro Tag, und neben diesen an die Schulkinder abgegebenen liefern wir diesen Winter an 60 Tagen noch durchschnittlich 1000 Portionen, die an die ärmere Bevölkerung an verschiedenen Stellen zu billigen Preisen verkauft wurden. — Das, was ich mit größtem Nutzen kennen lernte, waren einige große Frankenhäuser-Küchen in Hamburg und Berlin, jede auf eine tägliche Lieferung von 3000 Portionen berechnet. Diese Küchen sind durchaus modern eingerichtet, und viele Erfahrungen, die dort gemacht worden sind, werde ich mir zu nütze machen.

Für einen Neubau der Centralküche in Christiania, der bis zum Herbst d. J. fertig werden soll, sind von der Stadt 106 500 Kronen

bewilligt worden. Was diese Einrichtungen von denen der erwähnten Städte noch besonders unterscheidet, ist der Umstand, daß sie rein aus kommunalen Mitteln erhalten werden und keine Wohlthätigkeitsgesellschaft etwas damit zu thun hat.

#### Aus der Frauenbewegung.

**Verein der Frauen und Mädchen Schönebergs.** Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 Uhr: Vereinsversammlung in Obfisch-Besseln, Reiningen- und Martin-Luther-Strassen-Ecke. Vortrag des Herrn Dr. Freudenberg über: Die Fürsorge für Frauen und Kinder, eine Aufgabe der Gemeindeverwaltung. Am 6. Juli findet das erste Stiftungsfest des Vereins statt.

**Die Frauenbewegung in Dresden.** Die Vertrauensperson für Dresden berichtet über den Stand der Bewegung im letzten Halbjahre. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen macht danach in Dresden nur langsame Fortschritte. Im Verlaufe des letzten Halbjahres fand in Dresden eine stattliche Anzahl von Versammlungen statt, welche die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Organisationen bezweckten, und in denen die Genossinnen Fleiß, Köhler und Vogel referierten. Ganz besonders liegen es sich der Fabrikarbeiterverband und der Tabakarbeiterverband angelegen sein, die Arbeiterinnen aufzuklären und zu organisieren. Leider sind jedoch die zunächst erzielten greifbaren Erfolge der rührigen Agitation noch recht geringfügig. Eine Umfrage, die ich bei den einzelnen Gewerkschaften über die Zahl ihrer weiblichen Mitglieder vornahm, ergab die folgenden Daten. In dem Tabakarbeiter-Verband sind 200 Cigarrenarbeiterinnen und nur 16 Cigarettenarbeiterinnen organisiert, obwohl in der Dresdener Cigarettenindustrie wohl gegen 3000 Frauen und Mädchen — darunter sehr viele mit Heimarbeit — beschäftigt sind. Die keramische Industrie verwendet in den Porzellan- und Steingutfabriken gegen fünfshundert Arbeiterinnen. Trotz der eifrigsten Bemühungen ist es noch nicht gelungen, eine einzige davon zu organisieren. Nur 15 von den etwa 1000 Arbeiterinnen, welche in den Buchdruckereien tätig sind, gehören ihrer Gewerkschaft an. In der Dresdener Papierindustrie mögen gegen 1800 Arbeiterinnen schaffen, davon sind nicht mehr als acht organisiert. Der Metallarbeiter-Verband zählt 114 weibliche Mitglieder; der Verband der Schneider und Schneiderinnen ganze 5; der Verband der Blumen- und Wälderarbeiter und Arbeiterinnen 42. Im Holzarbeiter-Verband sind 8 Arbeiterinnen, Polierarbeiterinnen, organisiert; der Fabrikarbeiter-Verband weist 14 weibliche Mitglieder auf. Von den sehr zahlreichen Handlungsgehilfinnen gehören nur 5 dem Verband der Handlungsgehilfen an. Alles in allem beträgt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen 427. Wie man sieht, haben die Dresdener Genossinnen in gewerkschaftlicher Hinsicht ein sehr großes Arbeitsfeld zu bestellen, auf dem noch unendlich viel — man ist versucht zu sagen fast alles — zu thun ist, und wo die Arbeit unter großen Schwierigkeiten und nur langsam vor sich geht. Trotzdem werden sie den Mut nicht sinken lassen. Allmähig wird es ihrer Thätigkeit gelingen, immer größere Kreise der Arbeiterinnen zu der Erkenntnis wahrzurufen, daß die Gewerkschaft eine unentbehrliche Voraussetzung für die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. Zur besseren Wahrung der Arbeiterinnen-Interessen wie um mehr Verbindung mit der weiblichen Arbeiterchaft zu erzielen, hat das Gewerkschaftskartell drei Frauen mit der Entgegennahme von Beschwerden der Arbeiterinnen über gesegwidrige Arbeitsbedingungen beauftragt.

Die in Dresden amtierende Assistentin der Gewerbe-Inspektion, Fräulein Dose, nimmt es mit ihren Berufspflichten sehr ernst und hat schon manche Gesegwidrigkeit beseitigt. In der politischen Organisationsarbeit sind in letzter Zeit einige Fortschritte zu verzeichnen. Da Frauen in Sachen bekanntlich Mitglieder von politischen Vereinen sein dürfen, so haben sich jetzt in den drei Dresdener Wahlkreisen 160 Frauen von diesem Recht Gebrauch gemacht.

**Frauenstudium.** Das Gymnasium in Konstan z (Baden) hat jetzt seine Pforten auch weiblichen Schülern geöffnet. Als erster ist die Tochter eines Offiziers in die Quarta eingetreten.

**Lezte Nachrichten und Depeschen.**

#### Die Boeren in der Kapkolonie.

**Molteno, 17. Juni.** (B. Z. V.) Den letzten Meldungen zufolge sind in der Kapkolonie 1800 Boeren unter Waffen, welche in der Mitte des Landes acht verschiedene Kommandos in der Stärke von 80 bis 300 Mann bilden. In den westlichen Provinzen stehen im ganzen etwa dreihundert Mann. Krüger und Jonke lassen Proklamationen anschlagen, in welchen sie kraft der Nachvollkommenheit, welche ihnen durch die vor 20 Monaten erfolgte Angliederung der nördlichen Provinzen der Kapkolonie an den Oranjesaat gegeben sei, erklären, daß jeder Mann, der über den Aufenthalt irgend eines Kommandos etwas melde, um 50 Pfund gestraft werden solle oder in Unvermögensfälle gezwungen werde, das Kommando drei Monate lang zu Fuß zu begleiten. In militärischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß die Einfuhr von Pferden nicht nachlassen dürfe, da der Zugang von kolonialem Pferdeerfolg rapid abnehme. Der Feind erhält Zugang von Rekruten, aber nur in unbedeutendem Maße.

**Köln, 18. Juni.** (B. Z. V.) Der „Verein deutscher Zeitungsverleger“ hielt heute hier seine diesjährige Generalversammlung ab, zu der sich aus allen Teilen des Reichs zahlreiche Vertreter von Zeitungen eingefunden hatten. Es wurde einstimmig folgende Resolutionen angenommen: „Die Generalversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger erkennt an, daß der deutsche Buchdruckerverein der rechtmäßige Vertreter in allen technischen Fragen ist, die das Buchdruckerergewerbe betreffen, und erwartet, daß bei der bevorstehenden Tarifrevision die buchdruckerischen Interessen des deutschen Zeitungsverlags energisch durch ihn gewahrt werden. Um so mehr bedauert die Versammlung, daß der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins in neuerer Zeit versucht, durch Schaffung von sogenannten Zeitungsausschüssen die Bestrebungen des Vereins deutscher Zeitungsverleger auf gemeinsame Vertretung der beruflichen Standesinteressen der deutschen Zeitungsverleger zu zerplündern und zu durchkreuzen.“ Es wurde weiter beschlossen, die **Gehaltsmittelfrage** auf dem Wege einer schleunigen Petition an den Reichstag in Fluß zu bringen. In der **Annoncenrabbatfrage** ist der Vorstand bemüht, auf Grund bestimmter Vorschläge einen Zustand zu schaffen, der eine wesentliche Besserung in nicht zu ferner Zeit mit Bestimmtheit erwarten läßt. Der Verein beschloß ferner, auf Antrag einiger Verleger von Kreisblättern eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, welche sich mit der **Frage des Verhältnisses der Kreisblätter zu den Behörden** befassen soll.

**Paris, 18. Juni.** (B. Z. V.) Die Deputiertenkommission beendete die Generaldebatte des Invalidenversicherungs-Gesetzes und beschloß für die Einzelberatung die Dringlichkeit mit 496 gegen 75 Stimmen.

**London, 18. Juni.** (B. Z. V.) Unterhaus. Lord Steward fragt an, ob die britische Regierung die Mächte davon in Kenntnis gesetzt habe, daß sie nicht darin einwilligen werde, daß China den Zoll auf Opium und Reis erhöhe, um die Entschädigung zu bezahlen. Unterstaatssekretär des Außenbüros Lord Grandborne erwidert, die britische Regierung habe erklärt, daß die Auflage irgend eines Zolls auf Reis oder Getreide, welches gegenwärtig zollfrei sei, sehr unpolitisch sein würde. So weit ihm bekannt, werde diese Ansicht von anderen Mächten geteilt. Bezüglich des Zolls auf Opium sei nicht beabsichtigt, irgend einen Wechsel einzutreten zu lassen.

**Petersburg, 18. Juni.** (B. Z. V.) Kaiserin Alexandra ist von einer Tochter entbunden worden, die den Namen Anastasia erhält.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfrage erhalten wir vom Genossen Quitt folgende Zuschrift: Auf die rigorosen Angriffe der Berliner Lokalkommission in Nr. 138 des „Vorwärts“ gegen meine Person zur Erwidern...

H. Quitt, Obmann der Lokalkommission des Kreises Teltow-Weesow-Storkow-Charlottenburg.

Achtung, VI. Wahlkreis. Dem Gesangsverein, welche sich bereit erklärt haben, bei dem am Sonntag, den 14. Juli, im Schloß Weihensee stattfindenden Sommerfest des VI. Wahlkreises mitzuwirken...

Lokales.

Ist das Gewerbegericht für den durch Vorenthaltung des Krankentagebuchs dem Arbeiter zugefügten Schaden verantwortlich?

Diese Frage ist bislang vom Berliner Gewerbegericht leider fast ständig verneint worden. Die meisten andern Gewerbegerichte und ziemlich alle Landgerichte (wohlfühlig) machen in 2 Entscheidungen eine Ausnahme...

Wie die Pflege der Gräber den Hinterbliebenen erschwert wird.

Von Besuchern des in Wilhelmshagen gelegenen Friedhofs der „Alten“ und der „Neuen“ Gemeinde ist in den letzten Wochen eine Unordnung, die vom Friedhofskuratorium getroffen worden ist, recht unangenehm empfunden worden.

ihrer Angehörigen durch Friedhofsangestellte begriehen liegen, in diesem Jahre das Giechen selber besorgen. Diese Vermutung dürfte nicht unzutreffen. Nach unseiner Ermittlungen sind auf dem Friedhofe zu wenig Brunnen, und auch die vorhandenen sind nicht sehr reich an Wasser.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 20. Juni d. J.

am Donnerstag, den 20. Juni d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Bericht-erstattung über die Vorlage betreffend die Aenderung des Ortsstatuts für die Kanalisation von Berlin.

Weber eine Quellschlägerei mit gefährlichem Ausgange bringt

Das „Berl. Tagebl.“ folgende Meldung: Von einem Säbelduell zu schwersten Bedingungen und mit erstem Ausgange wird uns in verschiedenen, zunächst noch unkontrollierbaren Zuschriften gemeldet.

Schülerausflüge

„Tägliche Rundschau“, würden jetzt in bedeutend geringerer Umfang veranstaltet als in früheren Jahren. Ursache dieser Veränderung sei die bekannte, scharf gefasste Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, nach der der Lehrer haftbar ist für Beschädigungen...

Die Leichenfektionen in den städtischen Kranken- und Irrenanstalten

sind jetzt durch einen Erlaß des Magistrats geregelt worden. Den nächsten Anstoß hierzu hat der bekannte Lebergriff eines Anstaltsarztes gegeben, der sich den Kopf einer Leiche ohne Wissen der Angehörigen zu medizinisch-wissenschaftlichen Zwecken eignete.

Trost in Thürnen

Ein originelles „Gebetsbuch“ hat eine elegant gekleidete Dame am Sonntag in einer Konditorei in der Nähe der Michaelskirche vergessen. Das Buch, welches auf seinem Deckel als Gebetsbuch gekennzeichnet war, enthielt, wie sich bei der Besichtigung durch den Finder heraus-

stellte, zwei Teile, der eine bestand aus einem noch mit Raschwer gefüllten Behälter, der andere war mit einem durch den das Buch schließenden und verdeckten Hals versehen und enthielt eine veritable mit Cognac gefüllte Flasche.

Das Ermittlungsverfahren gegen die Zutwelenidiebe

Wolf und Genossen nimmt fortgesetzt einen größeren Umfang an, um so mehr, als die ursprüngliche Vermutung der Kriminalpolizei, daß ihr Mitglieder einer internationalen Diebesbande in die Hände gefallen, immer mehr zur Gewissheit wird.

Zwei große Brände

In Berlin brach mittags durch die Unvorsichtigkeit des Buchhalters Seydel, Schwebelstr. 34, im Keller des ersten Obergeschosses in einer Glühstrumpfweberei von A. Eißner im Reppelstr. 110, ein Brand aus, der sofort große Dimensionen annahm.

Dieser Brand war noch nicht gelöscht

als ein zweiter noch größerer aus Rixdorf gemeldet wurde. Dort standen am Kottbuscher Damm, wo in den Jahren 1887 und 1888 viele Holzpläge ein Raub der Flammen geworden waren, die Holzpläge und Stallungen, Comptoirs usw. auf den Grundstücken Kottbuscher Damm 65 an der Weiserstraße und Friedelstraße sowie die Lagerplätze der Firma L. Creul und O. Gerike, die Asphaltfabrik von A. Siegler, die Stallungen des Fuhrherrn H. Rämig, die Werkstätten der Lackiererei von Probst, sowie die Mollererei von H. Nagel in Flammen.

Ein Selbstmordversuch

nach seiner Verhaftung machte in der Nacht zum Dienstag der 43 Jahre alte Arbeiter Hermann Weber aus Neu-Weihensee. Weber ist ein vielfach vorbestrafter Mann, den die Kriminalpolizei auch neuerdings wieder wegen verschiedener Diebstähle suchte.

Unausgesörter Todesfall

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 88 Jahre alten Händlers Friedrich Kretschmar aus der Dietrichstr. 41. Kretschmar, der in der Friedrichstraße mit Druckschriften handelte, war ein Trunksünder.

übermäßigen Alkoholgenußes gestorben ist, soll durch die gerichtliche Obduktion seiner Leiche festgestellt werden.

**Zeugengefuch.** Die Personen, welche Sonnabendabend 9 1/2 Uhr in der Rosenhalerstraße, Ecke der Linienstraße, die Affäre zwischen einem Schuhmann und einer Privatperson beobachtet haben, welche einen verletzten Arm in der Wunde trug, werden gebeten, sich bei Johann Schibilla, Rosenhallerstr. 10, v. III, zu melden. Unkosten werden vergütet.

**Erfolgreiche Einbrecher-„Arbeit“.** Die Witwe des Schuhmachersmeisters Oswald G. in der Besselstraße begrub gestern ihren Mann. Diese Gelegenheit benutzten Einbrecher und öffneten am Sonntagmorgen von der Hofseite aus mittels Dietrichs die Wohnungstür. Sie erbrachen das Schloß eines Toiletenspiegels, in welchem aber keine Wertgegenstände vorhanden waren. Nur der Inhalt eines Portemonnaies von ca. 1 M., das auf dem Rückenstängel lag, fiel ihnen als Beute zu. — Ebenso erfolgreich war der veruchte Einbruch einer Waage, die es auf den Geldschrank der Hammoverschen Cafefabrik — Filiale Rutilamerstr. 10 hier selbst — abgeheben hatte. Vom Flureingang war bereits eine Thür erbrochen, als sie an der zweiten mit Sicherheitsbeschloßern usw. versehenen unbefestigten Hindernisse fanden.

**Die zum Arbeiter-Adfahrerbund „Solidarität“** gehörigen Arbeiter-Adfahrer der Provinz Brandenburg, Gau IX, feiern am nächsten Sonntag zu Nixdorf, im Apollo-Theater, Germaniastraße 48/50, ihr erstes Gaufest. Ein ausgewähltes Programm wird nicht nur die Freunde und Gönner des Adfahrersports, sondern auch die Arbeiterschaft im allgemeinen unterhalten, und daher ist zu erwarten, daß die Beteiligung an dem Feste eine sehr rege sein wird. Ein guter Erfolg ist den Adfahrern um so mehr zu wünschen, als diese bei der Agitation und namentlich bei Wahlen die besten Proben ihres Opfermuts und ihrer Geschicklichkeit abgelegt haben. Näheres über das Fest wird Sonntag durch Inserat bekannt gegeben.

**Recitationen von klassischen Dramen** werden gegenwärtig vor einem Auditorium veranstaltet, das vornehmlich aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besteht. Die Schauspielerinnen Fräulein Döfling vom Stadt-Theater in Breslau hat die Aufgabe übernommen, besonders Stellen aus Schillerschen Dramen, wie die Staufacher-Szene aus „Tell“, den Monolog aus dem ersten Akt der „Jungfrau von Orléans“, das Gespräch zwischen Maria und Elisabeth in „Maria Stuart“ und ähnliche klassische Meisterstücke durch einen vorzüglichen Vortrag dem allgemeinen Verständnis näher zu bringen. In den Gewerkschaftsorganisationen, wo die Künstlerin bisher auftrat, fand sich stets ein dankbares und zahlreiches Publikum zu den Recitationen ein.

**Feuerschutz-Ausstellung.** An der großen Sanitäts-Übung, welche von den Berliner Unfallsationen vom Roten Kreuz für Sonntag, den 23. d. M., in der Internationalen Ausstellung für Feuerschutz und Feuerrettungswesen vorbereitet wird, werden nahezu 300 Personen mitwirken. Es sind an dieser Übung beteiligt die Sanitätskolonnen von Berlin und Charlottenburg, die Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger, der Berliner Verein vom Roten Kreuz, die Berliner Sanitätskassen und die Unfallsationen mit ihrem Personal, Wärter- und Schwesterpersonal, sowie dem gesamten Wagenpark. Auch die Beteiligung der Berliner Feuerwehr ist vorgesehen.

#### Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** In ihrer gestrigen Sitzung hat sich die Stadtverordneten-Versammlung zunächst mit verschiedenen Rechnungssachen zu beschäftigen. Bezüglich der Jahresrechnung der Grundstücksverwaltung wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, Rechnungen über technische Arbeiten nicht eher zur Ausführung anzuweisen, als bis sie technisch geprüft sind, wobei der Wunsch ausgesprochen wurde, daß auch die Ausführung derartiger Arbeiten nicht ohne Mitwirkung der Bauverwaltung erfolge. — Vom Rechnungsausgang wird bemängelt, daß bei der Vertretung der Volksschul-Lehrerinnen, wofür pro Stunde 1 M. vergütet wird, nur das Mindestgehalt der angestelltesten Lehrerin von 110 M. an die Vertretung gezahlt wurde, trotzdem eigentlich 122 M. zu verlangen gewesen wären. Eine Resolution, den Magistrat um Änderung zu ersuchen, wurde angenommen. — Betreffs des neuen Krankenhauses auf Platz F im Friedenauer Ortsteil ist insofern eine Veränderung eingetreten, als durch Ankauf eines anstehenden Grundstückes das Terrain für das Krankenhaus bedeutend vergrößert ist, so daß eine Einrichtung bis auf 600 Betten möglich wird. Mit dem Bau selbst soll spätestens im Herbst dieses Jahres begonnen werden.

**Aus der Stadtverordneten-Sitzung in Spandau.** Nach dem Finalabschluß des verflochtenen Etatsjahres hat die Kanalisationsklasse ein Defizit von 27.112,58 M. und die Wasserwerkklasse einen Fehlbetrag von 27.426,00 M. ergeben. Sehr erregt wurde die Debatte über eine völlig harmlose Magistratsvorlage betreffend die Regulierung der Güterstraße. Es kam hierbei zur Sprache, daß vom Stadtrat Platz direkt an einem städtischen Separationswege ein Neubau errichtet worden ist, ohne daß das städtische Bauamt in der Fensterfrage das städtische Interesse überhaupt wahrgenommen hätte. Recht scharf und in gereiztem Tone, der in mancherlei Vorurteilen der allerletzten Zeit seine Erklärung findet, kritisierten die Bürgerliche Stadtverordnete dieses auffällige Wohlwollen des Bauamts gegenüber einem Stadtrat; recht treffend führte Stadtv. Leppin aus, daß doch Stadträten nimmermehr irgend welches Vorkommnis eingeräumt werden dürfte. Stadtv. Baurat Paul gab die Erklärung ab, daß diese Angelegenheit in kürzester Frist die Grundeigentums-Deputation beschäftigen würde. Ueber den Pfasterplan für das Jahr 1902 entstand ebenfalls eine sehr eingehende Debatte, an welcher sich von unserer Seite wiederholt die Genossen Piel und Kieger beteiligten, die den elenden und gefährlichen Zustand einiger Hauptverkehrsstraßen kritisierten und dringende Abhilfe verlangten. Der vom Bauamt aufgestellte Plan wurde schließlich nach dem Vorschlage des Referenten, Stadtv. Leppin, so abgeändert, daß auch die Klosterstraße und ein großer Teil der Büchelstraße schon in nächsten Jahre neu gepflastert werden. In geheimer Sitzung wurde beschlossen, gegen einen früheren Stadtrat event. mit einem Negativanspruch vorzugehen.

**Aus dem Nieder-Barnimer Kreise** wird uns geschrieben: Mit Recht regen wir uns über herrschende Mißstände in den preussischen Volksschulen auf, und so mancher Schmerzenseufzer aus Obelbiens Mäulen ist durch uns an die Öffentlichkeit gekommen. Daß aber in allernächster Nähe Berlins der so viel besprochene Lehrermangel recht fühlbar ist, dürfte man kaum erwarten. In dem in unserem Kreise liegenden Orte Schönfließ hat ein Lehrer in der Halvtagsschule an hundert Kinder zu unterrichten, und in dem großen und reichen Bauerndorfe Schönlinde kommen auf zwei Lehrer 217 Schüler. Letztere Gemeinde hat sich bereits gleich nach Ostern in einer Eingabe an die Regierung gewandt, aber bis heute noch keine Antwort erhalten.

**Zur Frage der Stadtverordneten Lichtenbergs** wird uns berichtet: Der Gemeindevorstand von Lichtenberg hat dem Berliner Magistrat bekanntlich mitgeteilt, daß die Gemeindevertretung jede Verhandlung über die teilweise Abtretung von Lichtenberger Gebiet ablehne. Daraus hat der Berliner Magistrat das Ersuchen an den Gemeindevorstand gerichtet, einen Haushaltsplan für 1901-1902 und die Pläne über die Entwässerung und die sonstigen Gemeindeforderungen einzureichen. Demnach scheint es, daß die Notwendigkeit der Erweiterung der Berliner Siehofsanlagen dem Magistrat den Gedanken nahelegt, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Berlin hat im Lichtenberger Gemeindegeld neben den städtischen Wasserwerken die Erziehungsanstalt für verwaiste Knaben, die Irrenanstalt Herzberge, den Central-Friedhof usw. liegen. Ferner errichtet die Versicherungsanstalt für den Stadtkreis Berlin eine Heilanstalt am Orte. Alle diese Mißstände dürften die Einverleibung des ganzen Ortes höchstwahrscheinlich zu lösen.

**Johannisthal.** In welcher Weise jene Kapitalistengesellschaften, denen die Ausnutzung des Grund und Bodens überlassen ist, dies Geschäft betreiben, zeigt so recht deutlich das Verhalten der Charlottenburger Wasserwerke gegenüber unserer Gemeinde. Nachdem der Vertrag über die Lieferung von Wasser bereits als abgeschlossen galt, erklärte die Gesellschaft, daß sie die im Vertrage festgesetzte Rente von 5 Proz., wenn der Betrag für das entnommene Wasser die Höhe von 6000 M. erreicht, erst bei einer Summe von 10.000 M. zahlen wolle, da der Wasserverbrauch ein geringerer sein dürfte und außerdem die Gemeindevertretung eine gewisse Animosität der Gesellschaft gegenüber gezeigt habe. Diese Animosität bestand nun darin, daß die Gemeindevertretung den Abschluß des Vertrags etwas hinausgeschob, um Gewißheit über die geplante Errichtung eines weiteren Wasserwerks in unserer Gemarkung zu erlangen. — Eine neue Verbindung mit dem Südoften von Berlin sollen die Orte Baumhülfenweg, Johannisthal, Rudow, Glienicke und Grünau erhalten. Eine Berliner Firma plant die Anlage einer elektrischen Bahn aus der Gegend des Götterlicher Bahnhofes nach den genannten Orten. Da auch Güterverkehr geplant ist, dürfte die Bahn wesentlich zur Entlastung der Götterlicher Bahn beitragen. Der Verkehr auf dieser Bahn gestaltet sich übrigens durch die industrielle Entwicklung der Gegend an der Oberspree von Tag zu Tag schwieriger. Wird doch der gesamte Fern-, Vorort-, Stadtbahn- und Güterverkehr auf dieser zweigleisigen Strecke bewältigt. Rechnet man nun noch hinzu, daß diese beiden Geleise zum Rangieren benützt werden müssen, und außerdem den starken Ausflüßverkehr, so ist es nur der angestrengten Tätigkeit der Beamten zu danken, wenn noch kein größeres Unglück passiert ist.

#### Gerichts-Beilage.

**„Für einen Groschen gestohene Apotheker-Nasen!“** Mit diesem Verlangen betrat der 18-jährige Maurer Rutsch eines Tages einen im Norden gelegenen Apothekergarten. Der Apotheker bedeutete ihm, daß er seine Scherze anderswo machen solle und daß es solche Sachen überhaupt nicht gebe. Der Angeklagte wurde darauf sehr ungemächlich, er blieb bei seinem sonderbaren Verlangen, ergriß einen großen Glasbehälter, mit dem er drohend in der Luft herumfudelte und kam der Aufforderung zum Verlassen der Apotheke nicht nach. Er wollte partout seine „gestohlenen Apotheker-Nasen“ haben. Er mußte schließlich durch einen herbeigeholten Schuttmann gewaltsam entfernt werden. Dies war aber leichter gesagt, als gethan, denn der Angeklagte verfiel in eine Art Wankollen und führte einen förmlichen Ringkampf mit dem Schuttmann auf, so daß dieser von seiner blanken Waffe Gebrauch machen mußte. Unter großem Haß der anwesenden Volksmenge wurde der Angeklagte, der eine blutende Wunde am Arm davongetragen hatte, nach der Polizeiwache spediert. Eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, Widerstands, Verleumdung, Verdröhung und groben Unfugs bildete das Nachspiel dieses „Scherzes“. Trotz der Blütenlese von Beleidigungen, denen sich der Angeklagte schuldig gemacht, kam dieser doch mit einer sehr gelinden Strafe davon. Der Gerichtshof gewann auf Grund der Beweisaufnahme die Überzeugung, daß der Angeklagte bei dem ganzen Treiben zwar nicht funlos betrunnen, aber doch in hohem Grade angetrunken gewesen war. Aus diesem Grunde lautete das Urteil nur auf 15 M. Geldstrafe event. 3 Tage Gefängnis.

**Wegen Untreue** hatte sich gestern der Kaufmann Heinrich R. vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte besaß bei der Firma Jandorf einen hervorragenden Vertrauensposten. Er hatte sein eigenes Vermögen in Höhe von 36.000 M. dem Geschäft zur Verfügung gestellt und verlor gegen ein Jahresgehalt von 8000 M. und 2000 M. Spesen das Amt eines Einläufers. Er hatte für die Abteilung „Leinen, Wollwaren und Damendäsche“ die Einkäufe der großen Warenposten auszuführen und war darin völlig sein eigener Herr, denn die Firma mußte sich darauf verlassen, daß die Einkäufer nach ihrem besten Wissen und Gewissen die Interessen der Firma wahrnehmen. Der Angeklagte hat es nun numerbarerweise verstanden, einen Posten Ware, die er auf gekauft hatte, im Werte von 27.000 M. durch die Firma bezahlen zu lassen, ohne daß diese in den Besitz der Ware gekommen war. Er hat die Ware nicht an die Firma, sondern an einen Spediteur absenden und dort lagern lassen. Die Faktura hat er in das Fakturenbuch hineingeschmuggelt, nachdem das damit betraute Mädchen auf sein Verlangen den Ankaufsstempel aufgedrückt hatte, und dann hat er den ganzen Posten vom Spediteur aus zu eigenem Nutzen verkauft. Als die Sache herauskam, ist er nach der Schweiz gegangen, ist aber zurückgekehrt, als ein Steckbrief hinter ihm erlassen wurde. Die Firma Jandorf hat eine Strafanzeige nicht erstattet, vielmehr ist die Staatsanwaltschaft durch eine anonyme Denunciation von dem Sachverhalt in Kenntnis worden. Der Angeklagte hat der Firma nicht nur die 27.000 M., sondern im ganzen 42.800 M. bezahlt, denn die Firma Jandorf verlangt noch Zinsen, Ertrag für eingegangenen Gewinn zc. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage und den überaus ungünstigen des angeklagten Schwadens beauftragte Rechtsanwält V. r. o. n. eine möglichst milde Strafe für den geschilderten Angeklagten. Der Gerichtshof bemah diesfalls auf ein Jahr Gefängnis.

**Die deutsche Justiz.** Unser Hamburger Partei-Organ berichtet folgendes, für die heutigen Gerichtszustände in Deutschland bezeichnenden Fall:

Vor dem Schöffengericht hatte sich der Arbeitgeber Gersch wegen Verdröhung zu verantworten. Nach der Anklagechrift soll G., als Ende April mehrere Arbeiter bei ihm streikten, zu den Arbeitern Zid und Rabitz gefagt haben: „Wenn Ihr mir nochmals auf den Hof kommt, ich sehe ich Euch toll!“ In der heutigen Verhandlung gab der Angeklagte zu, die fragliche Äußerung gemacht zu haben, betonte aber, daß er von den Arbeitern bedröht worden sei. Weiter bestritt G., die Absicht gehabt zu haben, seine Drohung zu verwirklichen. Hieran wird ein Brief zur Verlesung gebracht, in welchem an Gersch die Aufforderung gerichtet wird, sich mit den beiden Zeugen im guten zu einigen, widrigenfalls sie ihn belasten würden. Was mit diesem Brief bezweckt werden sollte, war nicht recht ersichtlich. Das Gericht legt auch nicht viel Gewicht darauf. Der Angeklagte behauptet zwar, daß die Zeugen Zid und Rabitz seiner Meinung nach dahinter ständen. Als erster Zeuge wird Rabitz vernommen. Der Richter, Assessor Neumann, stellt zunächst die Frage an ihn, ob er Anhänger der Socialdemokratie sei. Der Zeuge antwortet mit Nein, worauf der Richter sagt: „Trotz des roten Schlipfes nicht? Ich brauche Sie also nicht besonders auf die Heiligkeit des Eides aufmerksam zu machen.“ Der Zeuge wird hierauf vereidigt und sagt etwa folgendes aus: „Zid und ich sprachen an dem fraglichen Tage mit einem anderen Arbeiter in der Nähe der Fabrik über den Streik bei Risch u. Gersch. Herr Gersch sagte hierauf zu uns: „Ihr Lumpen, wie kommt Ihr dazu, mir meine Leute abspenstig zu machen. Kommt Ihr noch mal auf den Hof, ich sehe ich Euch toll!“ Der Zeuge Zid sagt, abgesehen von kleinen Abweichungen, dasselbe aus. Bezüglich der Angabe des Angeklagten, daß er bedröht sei, giebt der Zeuge an, daß Rabitz nur die Hand hochgehoben und gefagt habe: „Streikpostenstreiken ist nicht verboten.“ Der Angeklagte glaubt die Aussagen der Zeugen dadurch abzuschwächen, daß er behauptet, die Leute seien ärgerlich, weil er sie entlassen habe. Hieran nimmt der Ankläger das Wort und führt aus: der Angeklagte gebe zu, die Äußerung in der Aufregung getan zu haben. Er halte es aber nicht für erwiesen, daß Angeklagter die That ausgeführt werde. Eine Verdröhung liege aber vor und beantrage er drei Mark Geldstrafe eventuell einen Tag Gefängnis. Das Gericht spricht den Angeklagten kostenlos frei. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt: Es sei nicht angenommen, daß, wenn die Zeugen Rabitz und Zid auf den Hof der Firma Risch u. Gersch gekommen wären, der Angeklagte schiefen würde. Auch die Aussagen der Zeugen stimmten nicht überein. Das Gericht habe deshalb auf Freisprechung erkannt. — Vor demselben Gericht wurde vor einigen Tagen ein Arbeiter, der einem Arbeitswilligen das an sich hantlose Wort „Streikbrecher“ gefagt hatte, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

**Die Verantwortlichkeit des Verlegers bei periodischen Druckschriften.** Das Landgericht Wiesbaden hat am 22. März den Verleger des „Wiesbadener Generalanzeigers“, Buchdruckerbesitzer Emil Sommer, von der Anklage des Vergehens gegen die §§ 6 und 18, 2, des Preßgesetzes freigesprochen. Der Angeklagte druckt das genannte Blatt und ist auf dem Titel als Drucker genannt. Außerdem ist aber auf der letzten Seite als „verantwortlich für Druck und Verlag“ Georg Jacobi genannt. In dieser doppelten Angabe des Druckers erblickte die Staatsanwaltschaft eine Verletzung der im § 6 des Preßgesetzes gegebenen Vorschrift, daß jede Druckschrift den Namen und Wohnort des Druckers enthalten muß. Der Angeklagte erklärte in der Hauptverhandlung, er habe absichtlich so gehandelt, um die Verantwortlichkeit auf Herrn J. zu übertragen und vertief sich dabei auf zwei andre General-Anzeiger, die es ebenso machten. Das Landgericht erkannte auf Freisprechung, da es einen Verstoß gegen das Preßgesetz nicht als vorliegend erachtete. Durch die Benennung eines „verantwortlichen“ werde an der Verantwortlichkeit des wahren Druckers und Verlegers nichts geändert. Ein Zweifel, wer Drucker und Verleger ist, könne im vorliegenden Falle nicht bestehen.

Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. In der Verhandlung der Sache vor dem Reichsgericht führte der Reichsanwalt folgendes aus: Die doppelte Angabe ist keine falsche im Sinne des § 18, 2, dagegen liegt eine Uevertretung nach § 19 vor. Die Motive zu § 6 sagen, daß der Nachweis des Druckers ermöglicht werden soll. Der Angeklagte wollte das vereiteln. Die Polizei wird nie wissen, an wen sie sich halten soll, wenn zwei Personen als Verleger angegeben sind. — In Uebereinstimmung hiermit hob das Reichsgericht das freisprechende Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

**Wegen unwillkürlicher Attentate,** bezogen an kleinen Schulfmädden, verurteilte gestern die neunte Strafkammer des Landgerichts I den Buchbinder Reinhold Rieß, einen schon bejahrten Mann, zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

#### Verhandlungen.

**Der deutsche Metallarbeiter-Verband** (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Montag im großen Saale der Brauerei Friedrichshagen eine Generalversammlung ab, in der Rörsten, Busch, Pawlowitsch, Lubatsch und Freihaler den Bericht über den Verbandstag in Nürnberg erstatteten. Die Diskussion über den Bericht wurde vertagt und soll in einer baldigst einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung stattfinden. — Als 7. Beamter für die hiesige Verwaltungsstelle wurde Lubatsch in der Stimmwahl mit 448 von 546 abgegebenen Stimmen gewählt. Bekannt gegeben wurde noch, daß zur 10-jährigen Stiftungsfeier, die am Sonntag, den 22. Juni, im Etablissement Seeeterrasse in Lichtenberg stattfindet, die arbeitslosen Mitglieder freien Zutritt und je 1 M. Jebrungsgeld erhalten.

**Die Alumarbeiter und Arbeiterinnen** waren am Montag verammelt, um über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. Innerhalb der letzten Monate haben eingehende Erhebungen in den hiesigen Fabriken, die etwa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, stattgefunden. Dytomski schilderte die Zustände in einzelnen Betrieben als geradezu grauenhaft. Die Arbeitszeit in den von Staub, Gas- und Leim- zc. Geruch geschwängerten Räumen beträgt allgemein zehn Stunden und mehr, während die Buchbinder bereits den Reinstunden tag errungen haben; hierbei sind Löhne für erwachsene männliche Arbeiter von 9, 13—17 M. keine Seltenheit. In vielen Fabriken fehlt es an dem nötigen Trinkwasser. Ankleideräume für männliche und weibliche Arbeiter, wie auch besondere Garderobenbehälter sind in den meisten Fabriken nicht vorhanden, ebenso wenig Klosetts. In der Diskussion wurden die vom Referenten beiprochene Mißstände scharf kritisiert, und den Arbeitern und Arbeiterinnen der Alumarbeiter der Anschlag an die Organisation empfohlen. Als Vertrauensmann wurde Dytomski einstimmig gewählt.

**Die Holzbearbeitungsmaschinen** beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend hielten am 10. Juni ihre Mitgliederversammlung ab. — Als Revisor wurde West, in den Arbeitsnachweis Linger, in die Kontrollkommission für Norden Dittelholz, für Osten Broje gewählt. — In Rechtschulachen ist der Kollege Henke, Gneisenaustr. 56, Dienstag und Freitag, abends von 7—9 Uhr, zu sprechen.

**Centralverband der Konditoren** (Mitgliedskasse Berlin). Mittwoch, 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Rudolphstr. 57, Anfang 9 Uhr. Eine öffentliche Dienstboten-Versammlung findet heute, Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Rudolphstr. 57, statt. Der v. Gerlach wird über „Hausfrauen und Hausangehörige“ sprechen. Hausfrauen sind ganz besonders hierzu eingeladen.

**Waidmannsinn.** Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die am Mittwoch in Badstr. bei Hermann Koll, am Donnerstag in Bornhalmbe bei Aug. Balthaus, Mittwoch, 22. am Freitag in Tegel bei V. Arnig, Berlinerstr. 92, abends 8 1/2 Uhr stattfindenden Diskussionsabende aufmerksam gemacht.

#### Vermishtes.

**Bedeutliche Selbsthilfe.** Aus Rio de Janeiro wird berichtet, die Straßenbahn-Gesellschaft in San Christova hatte die Fahrpreise erhöht; die hierüber entzürte Bevölkerung setzte sechs Wagen in Brand.

**Gewitter.** Antwerpen, 18. Juni. Während eines heftigen Unwetters, das gestern über Antwerpen und Umgegend niederging, wurden zwei Personen vom Blitze erschlagen. — Paris, 18. Juni. Ein furchtbares Gewitter hat gestern auf Korsika großen Schaden angerichtet; die Ernte ist vielfach zerstört.

**Bei dem Gewitter am Montagmorgen** hat der Blitz in das Lokal Marienlust an der Dohme eingeschlagen und dort viel Antheil angerichtet. Im Mädchenlokal sind sämtliche Möbel zerstört. Auch den Mägdekturm soll ein Blitzschlag getroffen haben. Menschenleben sind glücklicherweise nicht vernichtet worden.

**Feuersbrunst.** In Hamburg wüthete Dienstagmorgen in der Gröningerstraße eine furchtbare Feuersbrunst. Sie brach in einem Speicher am Grimm aus und sprang auf ein anstehendes Grundstück der Gröningerstraße, der Firma Hpelon u. Krahns übergehörig. Ueber, ergriß das Federlager von Hund und die Gießerei von Ulrich u. Matthiesen. Fünf Feuerwehrlöcher sind thätig.

**In Altona** ist Musikdirektor Professor Cornelius Gurll, ein um die Musikpflege in Hamburg-Altona hochverdienter Mann, gestern im Alter von 81 Jahren gestorben.

#### Eingegangene Druckschriften.

Von Peter Lawrow, dem russischen revolutionären Denker, der vor Jahresfrist in Paris gestorben ist, werden demnächst im Wochenlichen Verlag für sociale Wissenschaften, Berlin-Verm., die „Historischen Briefe“, sein Hauptwerk, herausgegeben werden. Es ist das erste Buch Lawrows, das in deutscher Sprache erscheint.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zechenliste findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

**M. Köpenick.** Fragen Sie mündlich oder schriftlich an: a) Bureau der Berliner Feuerwehr, Lindenstraße. b) Vorsitzender des Jüden zunächst gelegenen Postamts.

**W. B. 28.** Starke Ballen sind, Platze, die Schärfe ist auf dem rechten Auge um 1/2, auf dem linken um 2/3 schwächer als die normale.

**2. Abt. d. Adlershof.** Ist nicht denkbar, so leden die Gärten nicht in Gütergemeinschaft, vielmehr in Gütergemeinschaft, niedriger in Verwaltungsgemeinschaft an den Vordedaltsgut steht der Frau jedes Vermögensrecht, an dem „eingetragenen Gut“ steht dem Gemann Verwaltungs- und Einpurchrecht zu. — **Hausrecht.** 1. Ja: 20 M. nicht 15, wären auch für den Fall einer Klage angemessen. Wenn der Vater fremdwirtig zu notariellen Protokoll die sonst Klage geltend zu machende Forderung anerkennt und sich für den Fall unzulässiger Zahlung der Zwangsversteigerung unterwirft, so erkräftigt sich eine Klage. 2. Der Fiskus durch das Bürgerliche Gesetzbuch kostet mit dem Arbeiterrecht 4,40 M. ungebunden,

250 M. gebunden. Die besondere Ausgabe des Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch kostet gebunden 2.50 M. Der erste Nachtrag zum Urheberrecht (Unfallgesetz und Gewerbe-Ordnungs-Novelle) kostet 75 Pf. — G. G. 100. 1. Teil. 2. Aufl. — C. S. 1900. Verjährung liegt nicht vor. Der Klage steht, falls Ihre Statuten nicht einen Ausweg zulassen, der Umwandlung entgegen, doch sämtliche Mitglieder klagen müssen. — K. Rein. — 7. 26. 100. Ihre Eltern sind zur Abnahme der Rollen und Zahlung des Kaufpreises verpflichtet, weil die von ihnen einmal gemachte Bestellung nicht einseitig rückgängig gemacht werden konnte. Sie thun gut, eine Einigung herbeizuführen. — W. W. 100. Wenn der Arzt vorläufige, nicht genügt und gar dadurch eine Krankheit herbeigeführt oder verschlimmert hat, so ist er in vollem Umfange zivilrechtlich und strafrechtlich verantwortlich. Ob das aber der Fall war, läßt sich ohne genaue Erforschung des Falles nicht beurteilen. Wenden Sie sich unter genauer, wahrheitsgemäßer Beschreibung des Falles und seines vermeintlichen Folgen beschwerdeführend an das Reichs-Gesundheitsamt in Berlin — 9. 3. 12. Für Unternehmungsklagen ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk die Forderung vorgenommen ist. Haben Sie bei einem fälligen Gericht geklagt, so werden Sie schließlich die Klage bei dem zuständigen Gericht ein und lassen Sie diese innerhalb der gestellten Frist zuheften. — N. 1. Ihre Forderung ist als Lohnforderung eine berechnete für den Fall eines Konkurses. Für Ihre Lohnforderung ist das Gewerbegericht zuständig, falls Ihr Jahresgehalt 2000 M. nicht übersteigt. Ihre Klage, daß das G. G. nur für Forderungen bis 100 M. zuständig sei, ist irrig. Das G. G. ist für Forderungen ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstands zuständig. Die Berufung ist in Gewerbegerichtssachen nur dann zulässig, wenn der Streitgegenstand 100 M. übersteigt. — G. R. 100. Die Gewerbe-Ordnungs-Novelle schreibt vor, daß von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen und nur noch die beim Abendessen im Laden schon anwesenden Kunden nach bedient werden dürfen. Diese Vorschrift ist seit dem 1. Oktober 1900 in Gültigkeit. — A. G. 1. Das auf dem Amtsgericht (nicht Landgericht) niedergelegte Testament ist auch dann gültig, wenn es nicht eigenhändig geschrieben, aber unterschrieben ist. 2. Sie können Ihren Pflichten (die Hälfte des gesetzlichen) beanspruchen.

Marktpreise von Berlin am 17. Juni 1901 nach Ermittlungen des fgl. Volksgewerksamts.

Belgen, gut	16.00	14.90	Portwein, neue, D-Gr.	7.00	5.00
„ mittel	14.80	13.70	Rindfleisch, Keule 1 kg	1.60	1.20
„ gering	13.60	12.60	„ do. Hand	1.30	1.00
Roggen, gut	16.00	14.90	Schweinefleisch	1.60	1.20
„ mittel	14.80	13.70	Rohfleisch	1.80	1.10
„ gering	13.60	12.60	Hammeifisch	1.60	1.10
„ Weisse, gut	16.00	14.90	Butter	2.60	2.00
„ mittel	14.80	13.70	Eier 60 Stk	3.60	2.20
„ gering	13.60	12.60	Kornen	2.00	1.50
„ Dofet, gut	16.00	14.90	Kale	2.60	1.20
„ mittel	14.80	13.70	Runder	2.60	1.20
„ gering	13.60	12.60	Heute	2.40	1.20
„ Mätsch, gut	7.00	6.50	Porche	1.80	0.80
„ do.	7.80	5.50	„ Schleie	2.60	1.00
„ Güssen	4.00	3.50	„ Hele	1.20	0.60
„ Erbsenbohnen	4.50	3.00	„ Kresse	1.50	0.80
„ Linen	6.50	5.00	„ per Spot	1.50	0.80

\* Frei Wagen und ab Bahn.

Produktmarkt vom 18. Juni. Getreide. Es hat den Anschein, als ob im Getreidemarkt langsame Festigkeit zum Durchbruch kommen werde, wenn auch augenblicklich die Geschäftslage des Marktes nennenswerte Preisbewegungen verhindert und mitunter sogar leichte Abschwächungen ermöglicht. Besonders für Roggen besten Renner der Verhältnisse eine ent-

Witterungsübericht vom 18. Juni 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. d. 6 U. C.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. d. 6 U. C.
Schweden	759.0	1	bedeckt	14	Osaranda	768.0	Still	—	wolklos	17	
Danzburg	759.0	2	bedeckt	9	Petersburg	764.0	NO	—	bedeckt	16	
Berlin	760.0	Still	—	11	Köpenick	768.0	—	—	bedeckt	12	
Frankf./M.	760.0	3	bedeckt	11	Aberdeen	—	—	—	—	—	
München	762.0	4	Regen	8	Paris	762.0	—	—	bedeckt	11	
Wien	761.0	3	bedeckt	12	—	—	—	—	—	—	

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 19. Juni 1901.  
Mäßig und ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und schwachen nördlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 19. Juni.

**Cyberhaus.** Tristan und Isolde. Anfang 7 Uhr.

**Schauspielhaus.** Mädel sei schlau. Zwei Eisen im Feuer. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues Cyber-Theater (Kroll).** Maniell Angoi. Anfang 8 Uhr.

**Am Trionon-Theater.** Lebende Leber. Anfang 7 1/2 und 9 Uhr.

**Schiller (Maximilian-Oper).** Die Jüdin. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Deutsches.** Nachsommer als Erzähler. Anfang 8 Uhr.

**Leipzig.** Rameau Tourbillon. Anfang 8 Uhr.

**Berliner.** Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues.** Waispiel des Reichshaller. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Westen.** Robert und Bertram oder: Die lustigen Segensunden. Anfang 8 Uhr.

**Rezeptionsbühne.** Neues Theater: Heberdrell. Auf 8 Uhr.

**Central.** Die Geisha. Anfang 8 Uhr.

**Thalia.** Geschlossen.

**Carl Weich.** Geschlossen.

**Vulkan.** Geschlossen.

**Freiburg-Wilhelmsbadisches.** Geschlossen.

**Welle Alliance.** Die Schalkin. Das Versprechen hinterm Herd. Anfang 8 Uhr.

**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Passage-Vanopitum.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Passage-Theater.** Damen-Kampfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.

**Reichshallen.** Berliner Sänger. Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Zur Theaterkass.) Abends 8 Uhr: „Inser Rhein“ von der Quelle bis zur Mündung.“

**Invalidenstrasse 57/62.** Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

### Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr.  
Mit vollständig neuer Ausstattung.  
Zum 600. Male:

### Die Geisha.

Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.  
Morgen und folgende Tage: Die Geisha.

### Metropol-Theater.

Mittwoch, den 19. Juni:  
Ringkämpfe  
**Hitzler-Pons.**  
**Gotch Mehemet-Petroff.**  
**Haackenschmidt — Piewning.**  
Das brillante Juni-Spezialitäten-Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

### Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshalm.  
Täglich:  
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.  
Volksbelustigungen aller Art.  
Jeden Abend 10 Uhr:  
Moderne Don Juans.

### Gossmann-Konzertgarten

Kreuzbergstr. 48, an der Rappbuckstraße.  
Jeden Sonntag gr. Frei-Konzert und Ball. Montag und Donnerstag Hamburger Sänger (Streib, Bohmer, Witt Wolf u.a.). Neben freitags Norddeutsche Sänger. Bei unglücklicher Witterung im Saal. Kochher Kränzchen.

### Urania

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
— Unser Rhein. —  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

### Castans Panopticum.

Neu! Neu! Neu!  
Der Champion aller Billardkünstler  
**Prof. Léon Goffard**  
aus Braxelles  
tritt täglich auf um 1/2 12 Uhr vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm.  
Lebende Photographien,  
die eiserne Jungfrau usw.

### Zoologischer Garten

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Entree 1 Mark.  
Ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

In der „Völker-Arena“:  
**Beduinen-Karawane**  
Besichtigung des Bazars, Zeltlagers, der Truppe; Eselreiten: 3-8 Uhr. **Schaustellungen der Beduinen** mit Pferden, Dromedaren etc. 4, 1/2, 6, 7 Uhr.  
direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig.  
Kinder 25 Pf., Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

### Apollo-Theater

Täglich mit kolossalem Erfolge:  
**Frau Luna**  
mit dem Luftballet „Origolatis“.  
Ferner:  
10 sensationelle Spezialität.  
Gartenkonzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

### Sanssouci

Im Garten:  
Täglich:  
— Hoffmanns —  
**Nordd. Sänger**  
und **Konzert.**  
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Sotree 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, d. Sotree 8 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.**  
Wochentags Vereinsübungs gütlich, Tanz frei.

### Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Mübitz.  
Täglich: [16490]  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochlegante Kegelbahnen, Bierfeldchen, Konditorei, Blumenstand etc.  
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:  
**Familien-Kränzchen.**

### Wo amüsiert man sich grossartig?

In **Schnegelsbergs Festsälen,**  
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**  
verbunden mit **Cigarren, Nonnen-Regen** und **hüblichen Ueberräuhungen.** 14812  
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.  
Empfehle meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne), den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. zu Veranstaltungen und Festlichkeiten jeder Art.  
**Max Schindler.**

### Ausserordentliche General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer der **Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter** und verw. Gewerbe in Berlin  
am Donnerstag, den 27. Juni d. J., abends 8 Uhr.  
im „Königsbad-Kasino“,  
Holzmarktstr. 72,  
Gde der Alexanderstrasse.  
Tagesordnung:  
1. Antrag des Vorstands auf eventuelle Verlängerung des Vertrages mit dem Verein der freigeählten Kassenärzte.  
2. Antrag des Herrn Karl Weidler und Genossen auf Abänderung der §§ 12, 13 Absatz III, 18, 26 und 27 des Statuts.  
3. Verschiedenes.  
Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher notwendig ist, müssen bis zum 23. d. Mts. mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der General-Versammlung dem Vorstande mitgeteilt werden.  
Jahresbericht und jährliches Ergebnis der Herren Vertreter ist ersichtlich.  
Das Mandat legitimiert.  
Berlin, den 18. Juni 1901.  
Der Vorstand.  
Am Austr.: Aug. Pöbbe.

### Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhanser-Allee 148.  
Täglich: **Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Nur Kräfte ersten Ranges.  
Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!  
**Susanne im Bade.**  
Große Aufführungsoberette.  
Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr.  
H. Lehmann, Direktor.

### Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**

### Hedwigs Krankenhause-Lotterie.

Sauptgewinn 100 000 M.ziehung 25. 6. cr. Lose franko mit Liste 3,60 Mkt. verl. 6817  
Basch, Berlin, Straßauerstr. 38 I.

### Hermann Pöke

die besten Glückwünsche zum Geburtstag. Hermann! Immer so ne Stücken, aber alle unter n Hund! Mehrere Freunde aus Paeiswall und Umgegend.

### Berliner Konsum-Verein

Abteilung Lichtenberg.  
Donnerstag, den 20. Juni, ab 8 1/2 Uhr, bei Garsch (Kronprinzess. Garten), Frankfurter Chaussee 80:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Einmündigung unserer Verkaufsstelle in den ersten drei Monaten. 2. Wie stellen sich die Mitglieder zur Schließung der Säden an Sonntagen? 3. Ertragwohlen zur Kitzlungsleistung. 203/3  
Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.  
Der Vorstand.

### Socialdemokratischer Wahlverein für Charlottenburg

Donnerstag, den 20. Juni 1901, abends 8 1/2 Uhr,  
im Saale der **Gambrinus-Brauerei,** Wallstraße Nr. 94:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zaubell:** „Das Wahlrecht zum preussischen Landtag.“ Diskussion, Bericht der Delegierten über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins. Diskussion. Berichtsangelegenheiten. 250/8

### Achtung! Maler und Berufsgenossen. Achtung!

Am Donnerstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Cornelia-Sälen“, Uckerstraße 6-7:  
**Große öffentl. Versammlung**  
Tages-Ordnung: 155/7  
1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiche Beteiligung, speziell der Kollegen aus dem Norden, erucht Die Bezirksleitung. J. A.: G. Genz.

### Achtung! Dekateure. Achtung!

Heute Mittwoch, den 19. Juni 1901, abends 8 Uhr, bei **Jannaschk,** Inselfstraße 10:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Paul Jahn. 2. Bericht des Vorstandes über den Ausstand bei den Firmen Blumenhof, Lad und Kerner. 3. Verschiedenes. 197/8  
Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Bitte willkommen.  
Der Vorstand.

### Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).  
Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Heute, Mittwoch, 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Vertrauensmänner-Konferenz für den Süden.**  
Donnerstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung.**  
**Achtung, Mechaniker!**  
Die Vertrauensmänner-Konferenz findet nicht am 20., sondern erst Donnerstag, den 27. Juni statt.  
Sonabend, den 22. Juni:  
**10 jährige Stiftungs-Feier**  
im Etablissement „Seeterrasse“, Lichtenberg, Rüdterstr. 6.

### Großes Sommerfest.

Großes Doppel-Konzert. Spezialitäten-Vorstellung. Großes Land- und Wasser-Fest. Kinder-Fest. Aufreten der Kunstschüler Hr. Cronje-Boston und Donna Erlona. Belagerefahrt im Brillant-Festnetz auf dem 70 Meter hohen Turmweil über dem See. 4 Kegelbahnen. Gondelfahrt auf dem See. Bergungsgesellschaft. Große Kaffeeküche.  
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.  
In beiden Sälen: **Grosser Ball.** Herren zahlen 30 Pf. nach. Beginn des Festes 5 Uhr nachmittags.  
Billets zum Preis von 20 Pf. sind bei allen Kassierern, Bahnhöfen, Juhabern, sowie im Verbandsbureau erhältlich.  
Verbindungen: Eisenbahn-Stationen: Frankfurter-Allee und Vandsberger-Allee. Mit der elektrischen Straßenbahn: Spittelmarkt-Central-Biehnhof-Eidenauerstraße u. Wartyplay-Central-Biehnhof-Vandsberger-Allee.  
Sonntag, den 23. Juni, vormittags 9 Uhr. findet in der „Urania“, Taubenstraße, für unsere Mitglieder Vorstellung statt. Zur Darstellung gelangt: „Inser Rhein“. Billets a 70 Pf. inkl. Garbebe sind bei den Kassierern, sowie im Verbandsbureau erhältlich. 115/19  
Die Ortsverwaltung.

### Schiller-Theater

(Volkner-Theater).  
König-Oper.  
Mittwochabend 7 1/2 Uhr:  
**Die Jüdin.**  
Große Oper in 5 Akten von Scibe. Musik von Gileys.  
Donnerstagabend 7 1/2 Uhr:  
**Hans Helling.**  
Freitagabend 7 1/2 Uhr:  
**Figaros Hochzeit.**  
Sonabendabend 7 1/2 Uhr:  
**Undine.**

### Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 432.  
— Größung der Sommer-Oper. —  
Sonabend, den 22. Juni:  
**Der Troubadour.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr erste Aufführung: **Der Wasserschmid.** Breife für alle Plätze der Saalvorstellung 60 Pf. Die Billets werden an der Kasse aus einer Urne gezogen.

### Reichshallen

Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Sonntag 30. Juni:  
Abschieds-Sotree.

### Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.  
Täglich:  
**Aus dem Volke.**  
Bollschuß mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.  
Aufreten der Eccentric-Chansonnette Hedwig Böring, des Grottesque-Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Dams, Akrobaten. The Garays, Kabuffahrer. Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbe.**

### W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.  
Täglich im Garten:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu! Eine fidele Aiste. Neu!  
Schwan mit Gesang von G. Braune. Musik von R. Thiele.  
**Der Dieb.**  
Romische Operette in einem Akt von G. Rißdörfer.  
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
In schattiger Sommergarten:  
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**  
**Die Boeren-Kapelle.**  
Neapol. Tarantella-Kapelle, Sacco, Wiener Damen-Kapelle Raymond Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Spezialitäten.  
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 19. Juni 1901,  
abends 8 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:

## Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Leistungen des Berliner Unternehmervorgangs; Werksatzrecht und Differenzen; Verhandlungsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Weissensee. Achtung!

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 20. Juni 1901, abends 8 Uhr, bei Kühne, Rölkestrasse 20:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Waldek Manasse über: „Der Kampf ums Dasein“. 2. Diskussion. 3. Das Resultat der Urabstimmung. 4. Gewerkschaftliches. Es ist Pflicht eines jeden Holzarbeiters, zu erscheinen. Frauen haben Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

## Roh-Zakal

Engros- und Detailverkauf.

Rud. Völcker & Sohn, Köpnickestr. 45.

## Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 21. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokal des Kollegen Thomas in Rixdorf, Hermannstrasse 49:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Antrag auf Ausschluß des Kollegen Wilh. Lorenz. 2. Eventuelle Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Regelung der Votallfrage. Um zahlreichem Besuch bittet.

Der Vorstand. J. K.: Ferdinand Ewald.

Öffentliche

## Dienstboten-Versammlung

Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Königs Hof“, Bülowstrasse Nr. 37.

Herr v. Gerlach spricht über: „Hausfrauen und Hausangestellte“.

Um zahlreichem Besuch bittet. Die Einberuferin.

## Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass. 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hochelegante Bekleidung nach Mass, guter Stoff, tadelloser Sitz!

14 Krausen-Strasse 14, 1 Tr. Kein Laden, 1 Tr.

Tomprowski, Noanderstr. 16. II.

## Verein der Bauanschläger

Morgen, Donnerstag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 1:

## Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Beschlußfassung über die weitere Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. — Mitgliedsliste legitimiert.

Der Vorstand.

## Ausverkauf

## H. Schlesinger'schen Konfursstoffe

Erste Berliner Patent-Schlafmöbel-Fabrik Spandauerstrasse 48, am Wolfenmarkt. Für Sommerwohnungen ist noch ein bedeutender Posten zusammengelegter Polsterbetten, Chaiselongues-Betten, Vertikalen und Bettsofas mit und ohne Raum zum Aufbewahren der Betten in solider Ausführung vorhanden, welche zu billigen Preisen verkauft werden sollen. Der Verkauf findet statt wochentags vormittags 8-12 Uhr, nachmittags 2-5 Uhr.

# Tait's Diamanten

sind keine echten Steine, aber die beste Imitation der Welt.

## Tait's Diamanten sind garantiert

für unveränderlichen Glanz und können gewaschen und gereinigt werden wie jeder echte Diamant.

Ringe, Broschen, Hemdenknöpfe, Ohrringe, Krawattennadeln, Haarnadeln, Halsketten, Schnallen, Manschettenknöpfe

zum Einführungspreis von

# 6 Mark

das Stück.

Ohrringe, Ohrschrauben, Manschettenknöpfe 6 Mark das Paar.



### Garantie.

Wir leisten vollste Garantie dafür, dass jeder von uns gekaufte Tait's Diamant seinen Glanz behält. Wir geben 10 000 Mark für eine wohlthätige Stiftung der Stadt Berlin, wenn jemand uns nachweisen kann, dass wir uns jemals geweigert haben, einen Stein zu ersetzen, der oben genannte Eigenschaft nicht besitzt.

Bestellungen durch die Post werden prompt und sorgfältig ausgeführt. Jeder hier abgebildete Gegenstand wird nach Empfang von 6,30 Mark franco versandt oder gegen Nachnahme.

Wir sind gerne bereit, den Preis für in alte Fassungen einzusetzende Tait's Diamanten anzugeben, falls das geehrte Publikum uns solche vorlegt.

Nicht Convenirendes wird bereitwilligst kostenlos umgetauscht.

## Tait's American Diamond Palace.

BERLIN, W.,

Friedrichstrasse 169.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deustat. 3 bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Dezilations-Niederlage**, viel Bier und Schnaps, sofort billig. Arndtstr. 24. 1900b

**Schankgeschäft** zu verkaufen, passend für Portzgenossen, bei Marx, Rosamien-Allee 98. 1901

**Wein-Resortationslokal** mit Bier, einzimmer und prachtvollen Vorgarten empfehle den geehrten Genossen ganz ergeben. Sonnabend und Sonntag musikalische Unterhaltung. Paul Petzsch, Postf. 10, Köpenickstr. 91. 1887b

**Existenz**, Milchgeschäft zu verkaufen wegen anderer Unternehmungen. Stargarderstr. 24. 1900

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1900

**Verjährt** elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

**Kinderküche** Sportplatz Andreadstr. 23. 1898b

**Steglich**, Schlossstr. 70, Cafe Friedländerstr. 10, Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeitergarderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Reich Hamburg.

**Rahmaschinenlager** Antisches System ohne Anzählung, Woche 1,00. Lieferung sofort. Landwehrstr. 82.

**Sportbillig**, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontiermaschinen verkauft Velshaus, Reanderstr. 6. 67/18b

**Kinderwagen**, Sportwagen, Kleinenwagen, Bazar Baby, Juwelstr. 160, Frankfurterstr. 115, Oranienstr. 31, Belle-Alliancestr. 107, Melindendorferstr. 24, e. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 647b

**Kinderwagen** Holzmarktstr. 46, Fernig. 1900b

**Billigste** Bezugquelle für neue Fahrräder, alte von 45,00, Rubensstr. 6 b. 724b

**Teppiche** mit Korbenfletern, Fabriküberlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1900

**Rahmaschinen** und Fein-Verfertigung vermittelt Postfach Schmidt, Goldstr. 43, Hof Keller. 857b

**Rahmaschinen**, Adler, Urama, Schnellräder, Ringelstein, sowie Wolsch und Bringschneppen auf Teilzahlung. Reig. Stalgerstr. 136. 688b

**Vogel-Käse**, graue, grüne, Ringerzahn, sofort sprechend, 25 Mark. Richter, Oranienstr. 87. 1900b

**Kindernährmittel**, seitlich offeriert zur Zeit des Brechdurchfalls zu ermäßigten Preisen. Flora-Drogerie, Paulsenstr. 10, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 942, beim Hermannsplog. 1645b

**Stoppdecken** billigst Habrit Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1900

**Zeitschrift**, Bücher, Spielwaren, Filiale, billig, gute Einrichtungs, billige Wiese, verkauft Ernst, Wollmarkt 39. 1910b

**Gelegenheitskäufe**, Kuchelpfunde 28, Mahagoni doppelgefäßtes Bettlo, Sofa 16, Sofa 16, 3 Bettstellen mit Federboden 20, Küchenmöbel, Einrichtungen billig. Kirchhoff, Mariannenstr. 7a. 727b

**Fahrrad** verkauft sofort Rosenfahlerstr. 10, Schneidermeister.

**Unfallklagen**, Invalidentaschen, Reklamationen fertigt Schütze, Bergmannstr. 107. 1089b

**Rechtsbureau**, Rechtsfälle, Verteilung Andreadstr. Dreilindstr. 1911b

**Kunstschere** von Frau Kofsky Steinwegstr. 48.

**Damenkleider** reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Reinhold Händel, Andreadstr. 76 parterre, Utenbahnstr. 18

**Anfertigung** eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Rarus, Kleine Frankfurterstr. 20. \*

**Buchbinder-Arbeit** jeder Art fertigt Ferdinand Kleiner, W. Bülowstr. 56, 2. Hof parterre. 2387b

**Metalldruck** aller Art kauft Proberit, Oppenheimerstr. 16. 1811b

**Wutri-Cigaretten**, Jeder Raucher kann 25 Minuten an jeder Cigarette gesundlich rauchen. Wutri ist geleglich geschickt. 1891b

**Bereitsguter**, Bahnhöfe passend, Fernsprecher III 1788. J. B. Wilhelm Gahmann, Bahnhöfe 14.

**Wachsmantel** von Moritz Wollgrat junior, Köpenick, Oranienstr. 51, liefert jede Größe sehr sauber zu billigen Preisen. Abholung Sonnabend und Montag. 1904b

**Rechtsbureau**, Gewiegter Jurist Weingartenstr. achtzig. 1927b

**Vermietungen.**

**Fabrikräume**, Doppellicht, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. S. Simon, Michaelstr. 1. 7092b

**Zimmer.**

**Möbliertes** Zimmer sofort zu vermieten. Böhle, Prenzlauer Allee 12.

**Stube**, leer, zu vermieten. Freier, Andreadstr. 18 b, Hof IV. 1900

**Möbliertes** Zimmer billig zwei Herren zu vermieten bei Grunow, Adalbertstr. 28, vorn III. 1920b

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**

**Vader** verlangt Goldschmiedefabrik Dieder, Oranienstr. 183. 1923b

**Polierer** auf Schirmhüte verlangt. Ritterstr. 59. 1925b

**Bergolder** für Glashütten verlangt Ed. Witz, Reif, Blumenstr. 74, III. 1929b

**Tüchtige** Kunstschmiede verlangt Heinrich, Hauptstr. 149. 726b

**Zehrwäden** auf Serwitens Reubauer, Feidenfeldstr. 17. 781

**Kumpen**-Sortiermaschinen zum Entzernen bei hohem Lohn sucht Schalen, Bankstr. 5 b. 1922b

**Waisen**-Arbeiterinnen, dauernde Beschäftigung, Gehalt bezahlt, verlangt Bornheim u. Grün, Schöneberg, Heurichstr. 12. 989b

**Geübte** Ramelets auf Feidels finden das ganze Jahr hindurch bei mir Beschäftigung. Preise 1,50 bis 2,00 Mark. Engros-Werkstatt Rosamien-Allee 86. 1051b

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

**20 tüchtige** 100/8

**Ofenheker** für Majolica bald gesucht. Lange, Bismarckstr. 4, Breslau.

**Achtung! Korbmacher.** Die Differenzen bei Säulig, Albrechtstr. 10, sind noch nicht beigelegt. Die Werkstatt ist bis auf weiteres gesperrt. 105/14\* Kontrollkommission der Korbmacher